

Mai 2013

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



Aktuell

SEITE 8

Arbeit

Arbeiten in der
Industrie 4.0

Warnstreik
Dein gutes Recht

SEITE 12

Leben

Urlaubstipps
für Metaller

SEITE 24

Bezirk

SEITE 28

metallzeitung

Mitgliederzeitung der IG Metall | Jahrgang 65 | D 4713



Tarifrunde 2013

Jetzt geht's los!

Aktuell

Arbeiten in der Industrie 4.0. Forschung und Wirtschaft arbeiten an der vierten industriellen Revolution: der umfassenden Vernetzung der Produktion. Die IG Metall sitzt mit am Tisch. Damit bei der Umsetzung der Industrie 4.0 nicht nur an die Technik, sondern auch an die Beschäftigten gedacht wird. metallzeitung sprach mit der IG Metall-Expertin Constanze Kurz. **Auf den Seiten 8 und 9 »**

Vor Ort

Gut in Rente. Länger arbeiten und gesund bleiben? Das funktioniert nur, wenn sich noch viel ändert. In den Betrieben und in der Politik. Pilotbetriebe der IG Metall-Kampagne »Gute Arbeit – gut in Rente« zeigen, wie Arbeitgeber Beschäftigte entlasten können. **Auf den Seiten 10 und 11 »**

Titelthema



Foto: Frank Rumpenhorst

Jetzt raus auf die Straße

Überrascht hat es wohl niemand: Mit ihrem dürftigen Angebot von faktisch 1,9 Prozent stellen die Arbeitgeber in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie die Zeichen auf Konflikt. Jetzt ist die Zeit, ihnen mit Aktionen und Warnstreiks ordentlich Druck zu machen. Jede und jeder kann und sollte mitmachen. Je mehr Beschäftigte sich engagieren, desto eher bewegen sich die Arbeitgeber. **Auf den Seiten 18 bis 21 »**

Leben

Macht doch mal Urlaub! Ostsee, Allgäu oder Seenplatte? Schwarzwald, Chiemgau oder Gardasee? Die IG Metall-Servicegesellschaft bietet gemeinsam mit dem Gemeinnützigen Erholungswerk ihren Mitgliedern Ferienangebote zu fairen Konditionen. **Auf den Seite 24 und 25 »**

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzels, Bertin Eichler
Beauftragter der Herausgeber: Jan Engelhardt

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund
(verantwortl. i. S. d. P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Fabienne Melzer

Redaktion: Jan Chaberny, Dirk Erb, Sylvia Koppelberg, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus-Decher
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht, Marion Brunsfeld

► igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon: 06151 81 27-0
Fax: 06151 89 30 98
E-Mail: info@zweiplus.de

Druck und Versand: apm AG, Darmstadt

Leser-Telefon:
0800 446 38 25
Montag bis Freitag:
9 bis 16 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069 66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Leser-Briefe:
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzurufen.

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.

Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als **Word- oder als PDF-Datei**. Bestellung an: metallzeitung@igmetall.de.



Karikatur: André Poloczek

Karikatur zum Angucken:
igmetall.de/cartoon

Die Karikatur
Euch gefallen unsere Karikaturen? Im Internet könnt Ihr Euch alle der vergangenen Monate anschauen und herzlich lachen. Unser Zeichner: André Poloczek.

GEWONNEN HABEN

März-Rätsel

Lösungswort: Frauentag

1. Preis: Henrike Klabunde, Rügen | 2. Preis: Kristin Langner, Neukieritzsch | 3. Preis: Allan Zarembo, Biberach

Ruhrfestspiele 2013: Je zwei Karten für das Stück »Die Kleinbürgerhochzeit« haben gewonnen: Yvonne Becker, Kassel | Gerhard Eversberg, Lüdenscheid | Klaus Morlock, Ispringen

BESCHÄFTIGTENBEFRAGUNG

Danke!

Allen, die sich an der Beschäftigtenbefragung beteiligt haben, danken wir an dieser Stelle herzlich. Ergebnisse liegen voraussichtlich im Juni vor. Dann werden wir sie in überregionalen und lokalen Medien, in der metallzeitung sowie auf igmetall.de veröffentlichen. Und: Wir wollen Eure Antworten vor Ort diskutieren und in die Arbeit der IG Metall einfließen lassen.



Studien, Aktionen und Infos rund um die Kampagne
»Arbeit: sicher und fair!« findet Ihr online auf:
arbeitsicherundfair.de

FRAGE UND ANTWORT

»In der Aprilausgabe gibt es auf Seite 12 einen Beitrag »Arbeitsmediziner« im Betrieb«. Der letzte Absatz dort hat mich irritiert.

Es kann doch nicht wirklich erlaubt sein, dass bei häufigen Kurzerkrankungen Betriebsärzte dem Arbeitgeber über Krankheitsursachen Auskunft geben dürfen?»

Werner H., per E-Mail

Antwort der Redaktion:

Vielen Dank für Deine berechtigte Nachfrage. Tatsächlich hat sich in der Rubrik »Recht so« beim Umstellen einzelner Sätze im letzten Abschnitt ein Fehler eingeschlichen.

Natürlich ist der Betriebsarzt auch in solchen Fällen an seine Schweigepflicht gebunden. Er darf dem Arbeitgeber auf gar keinen Fall die medizinische Diagnose preisgeben. Zudem kann der Chef nicht verlangen, dass sich Arbeitnehmer vom Betriebsarzt allgemeinmedizinisch durchchecken lassen. Betriebsärzte sind gesetzlich nur für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung zuständig. Ärztliche Untersuchungen müssen sich deshalb auf das arbeitsmedizinisch Notwendige beschränken. ■



**ARBEIT:
SICHER UND FAIR!**

Eine Kampagne
der IG Metall

Jetzt kommt es auf unseren Einsatz an

LAUT & STARK

Die Tarifrunde bei Metall/Elektro geht in die heiße Phase. Das erste Angebot der Arbeitgeber ist nicht akzeptabel. Unsere Antwort kann nur lauten: Warnstreiks!

Immerhin. Die Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie haben die Tarifverhandlungen nicht unnötig hinausgezögert. Das ist aber der einzige positive Aspekt. Denn was sie am 19. April als erstes Angebot vorgelegt haben, ist kein Lösungsvorschlag, sondern fordert den Konflikt mit 3,7 Millionen Beschäftigten der Branche geradezu heraus. Das Angebot ist schlicht enttäuschend. Es bedeutet wegen der von den Arbeitgebern vorgeschlagenen beiden Nullmonate ein Entgeltplus von rund 1,9 Prozent. Das würde gerade mal die Inflation ausgleichen. Die Reallöhne würden also eingefroren. Das ist nicht akzeptabel. Die IG Metall kann und wird darauf Antwort geben: mit ebenso machtvollen wie phantasievollen Warnstreik-Aktionen.

Verweigerung. Mit diesem Angebot verweigern die Arbeitgeber ihre Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung. Statt Impulse für mehr Nachfrage zu setzen, gefährden sie Arbeitsplätze und Investitionen. Nur mit einer fairen Beteiligung der Beschäftigten schaffen wir wirtschaftliche Kraft, aber auch Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie weisen über 50 Milliarden Profite in der laufenden Bilanzperiode aus. Dann müssen auch die



Foto: Frank Rumpfenhorst

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall: »Wir fordern nichts, was wir nicht selbst einhalten.«

3,7 Millionen Beschäftigten der Branche einen realen Lohnzuwachs erhalten.

Jetzt ist unser Einsatz gefordert. Damit bestätigt sich eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung. Vor 150 Jahren ist in Leipzig der »Allgemeine Deutsche Arbeiterverein« von Ferdinand Lasalle gegründet worden. Das war die erste deutsche Arbeiterpartei. Ihre wesentlichen politischen Ziele waren Mitbestimmung, Demokratie und faire Teilhabe. Das gilt heute unverändert. Ebenso die zentrale Erkenntnis: Nur mit eigener Stärke und mit vielen Mitgliedern können wir etwas erreichen. Deshalb setzen wir darauf, die Arbeitgeber mit Warnstreiks zu einem fairen Angebot zu bewegen. ■

Berthold Huber

BILD DES MONATS

Der Kampf der Arbeiter



Foto: akg-images / pa

Auf dem obersten Treppenabsatz der Fabrikherr mit steifen Gesichtszügen und steifem Frack. Vor ihm, auf der ersten Treppenstufe, ein entschlossener Anführer, spitzes Kinn, energischer Blick. Dahinter wütende Männer, viele Arbeiter, einer wird von seiner Frau zurückgehalten, ein anderer bückt sich, greift nach einem Stein. Gleich, es kann nicht anders sein, gleich entlädt sich Wut.

Es ist ein aufwühlendes Gemälde, das Robert Koehler da 1886 geschaffen hat und das er »Der Streik« nannte. Es ist ein dramatisches Bild – ein Bild, das einen Anfangspunkt markiert: Den Beginn der deutschen Arbeiterbewegung, die jetzt 150. Geburtstag feiert. Ohne dabei irgendwie veraltet zu sein. Im Gegenteil.

Ausgegangen ist es von Leipzig. Hier wurde, am 23. Mai 1863

unter der Führung von Ferdinand Lassalle, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Und damit, quasi vor den Augen der Obrigkeit im Kaiserreich, die erste deutsche Arbeiterpartei.

Erbe und Auftrag. Vornehmliches Ziel der neu entstandenen Partei war »das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht« und »eine genügende Vertretung der sozia-

len Interessen des deutschen Arbeiterstandes«. Für die SPD, die sich auf Lassalle beruft, ist diese Vertretung Erbe und Auftrag. Doch nicht nur für sie.

Einheitsgewerkschaft. Als Einheitsgewerkschaft redet die IG Metall mit allen demokratisch legitimierten Parteien, die sich um Arbeitnehmerinteressen kümmern. ■
Jan.Chaberny@igmetall.de

Rausgehen am 1. Mai

TAG DER ARBEIT

Am 1. Mai fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund unter dem Motto »Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.« eine andere Politik ein.

»Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.« lautet das Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zum Tag der Arbeit. Der DGB will die Tarifautonomie stärken und die Ordnung am Arbeitsmarkt wiederherstellen und sich für sichere Renten, die die Leistung von Menschen im Ruhestand anerkennt, einsetzen. Auch will sich der DGB für Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramme in Europa starkmachen.

IG Metall stimmt ein. 5,5 Prozent mehr Geld fordert die IG Metall für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Da wenige Stunden zuvor, nämlich am 30. April um 24 Uhr, die Friedenspflicht in

der Metall- und Elektroindustrie endet, ist der Mai-Feiertag auch Auftakt für Aktionen zu weiteren Tarifverhandlungen.

Berthold Huber spricht auf dem Marktplatz in Stuttgart. Detlef Wetzels ist in Paderborn zu Gast. Auf dem Domshof in Bremen redet Bertin Eichler. Helga Schwitzer ist auf dem Rathausplatz in Frankenthal zu hören. Auf dem Laurentiusplatz in Wuppertal redet Christiane Benner. Jürgen Kerner spricht auf der Kundgebung am Gabelmann in Bamberg und Hans-Jürgen Urban auf dem Münsterplatz in Ulm. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Weitere Rednerlisten und Kundgebungen gibt es unter: igmetall.de/erster-mai

PFLAUME DES MONATS

Gräber und Überflieger

Wenn wir im Flieger sitzen, in engem Hautkontakt zu Mitreisenden, und neidvoll an die Hühner in Legebatterien denken, glauben wir, in der Fliegerei geht es nur um Kosten sparen. Weit gefehlt. Hessens Ex-Ministerpräsident Roland Koch (CDU) hat dafür gesorgt, dass Kassel jetzt für 271 Millionen Euro einen Flughafen hat. Zwar wurde schon der erste reguläre Flug mangels Buchungen gecancelt und Kritiker fürchten, dass der Airport zum Millionengrab wird (das wir Steuerzahler zuschütten müssen). Aber dafür müssen die Kasseler nicht mehr 50 Minuten zum Flughafen Paderborn fahren – und Koch hat sich (als Chef von Bilfinger) für einen Topjob in der Wirtschaft qualifiziert und muss nicht mehr Politiker sein. Das ist etwas wert. ■

**Liebt den Höhenflug:
Ex-Ministerpräsident
Roland Koch**



ZAHLEN UND FAKTEN

21 Deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen im Schnitt 21 Minuten für den Weg zu ihrem Arbeitsplatz. 65 Prozent fahren mit dem Auto. Zu Fuß gehen 8 Prozent.

4 Wegen der hohen Benzinpreise üben sich zwei Drittel der deutschen Autofahrer inzwischen in einem Sprit sparenden Fahrstil. 4 von 10 lassen das Auto sogar öfter stehen: 28 Prozent von ihnen steigen aufs Rad um, 15 Prozent auf Busse oder Bahnen.

21 In den Steueroasen der Welt sind mindestens 21 Billionen US-Dollar Steuerflucht kapital versteckt, in Zahlen: 21 000 000 000 000 Dollar, umgerechnet 16,4 Billionen Euro. Den Nutzen haben Superreiche, die 0,14 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen.

15 Eine Vermögensuhr von Verdi – Gegenstück zur Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler – zeigt: Das private Vermögen in Deutschland ist mit gut 10 Billionen Euro 5-mal so hoch wie die Staatsschulden und wächst 15-mal so schnell.

54,6 Zwischen 2000 und 2011 stiegen die Vergütungen der Vorstände der Dax-30-Unternehmen im Schnitt um 54,6 Prozent (auf 2,6 Millionen Euro), die der Arbeitnehmer um 6,1 Prozent (auf 43 929 Euro).

49 So viel Prozent der Deutschen im erwerbsfähigen Alter haben sich zwischen April 2011 und Juni 2012 weitergebildet. 1979 taten das erst 23 Prozent.



Die Ausstellung zur Arbeiterbewegung in Mannheim:

technoseum.de/ausstellungen/durch-nacht-zum-licht/

Oder per Smartphone mit diesem QR-Code:





Foto: Martin Schuttler / dpa / pa

Mehr als tausend Beschäftigte aus dem Bosch-Solar-Energy-Werk in Arnstadt bei Erfurt haben Anfang April dagegen protestiert, dass ihr Betrieb geschlossen werden soll.

Nach dem Beben leben

ENERGIE

Die Beschäftigten von Bosch Solar Energy und die IG Metall wehren sich dagegen, dass der Konzern den Betrieb dichtmachen und eine zukunfts-trächtige Technologie anderen, ausländischen Unternehmen überlassen will. Sie fordern den Erhalt der Arbeitsplätze und Zukunftskonzepte.

Überall in der Stadt hängen die Plakate. »Eine Region gerät ins Beben – der Standort muss leben«. In Geschäften liegen Unterschriftenlisten aus, auf denen die Bevölkerung sich solidarisch erklären kann mit den 1800 Beschäftigten von Bosch Solar Energy in Arnstadt, die um ihre Arbeitsplätze bangen. Viele Arnstädter werden das tun. Seit der Bosch-Konzern verkündet hat, das Werk zu schließen, ist die Region in Aufruhr. Die Nachricht erschütterte Menschen in ganz Thüringen – und an allen Standorten des Bosch-Konzerns.

Bosch Solar Energy ist der größte Industriebetrieb Thüringens, größer als Opel in Eisenach. Das Werk verschafft direkt oder indirekt rund 3000 Menschen Arbeit. Bosch steht für hochwertige Produkte, Know-how, faire Arbeitsbedingungen und tarifliche

WISSEN

Die Solarbranche in Deutschland in Zahlen

- 120 000** Menschen, die 2012 in der Solarbranche beschäftigt waren
- 200** Firmen, die Zellen, Module und Komponenten für Fotovoltaikanlagen herstellten
- 2,7** Millionen Anlagen, die 2011 Solarstrom und -wärme herstellten (davon: 80 Prozent auf Dächern)
- 4,5** prozentualer Anteil der Fotovoltaik am gesamten Stromverbrauch 2012
- 55** prozentualer Anteil an den Solaranlagen, die exportiert werden
- 30** prozentualer Anteil des Solarstroms, der auf Hausdächern oder anders in Bayern erzeugt wird. Der Freistaat liegt damit auf Platz 1, gefolgt von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Brandenburg.

Quelle: Solarwirtschaft

Standards. »Ganze Familien arbeiten hier. Schließt der Betrieb, verlieren alle auf einen Schlag ihre Arbeit«, sagt Andy Poplawski, der Betriebsratsvorsitzende. Seit 1990 habe es etwas Vergleichbares nicht mehr gegeben. »Die Menschen haben sich auf Bosch verlassen und jetzt sind sie verlassen.«

Nicht chancenlos. Solon, Solar Millennium, Q-Cells, Centrotherm, Sovello, SMA Solar – seit eineinhalb Jahren häufen sich in der Solarbranche Insolvenzen, Werkschließungen oder Drohungen damit. Die Experten sind sich einig, dass der Markt weltweit weiter wachsen wird. Doch aktuell wirken die Finanzkrise und die Sparpolitik in Europa, aber auch die chaotische Förderpolitik in Deutschland als Bremse. Eine verschärfte Konkurrenz und chinesische Dumping-

strategien sorgen für Preisverfall. Sie machen hiesigen Firmen das Überleben schwer.

Noch sind deutsche Unternehmen technologisch führend, sie haben Know-how und qualifizierte Beschäftigte. Aber wie lange noch? Der IG Metall-Vorstand hat die Bundesregierung aufgefordert, schnell einen »Nationalen Solargipfel« einzuberufen, um ein Zukunftskonzept für die Solarwirtschaft zu entwickeln.

Lösungen. Für Bosch Solar in Arnstadt sieht Wolfgang Lemb, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Erfurt, drei mögliche Lösungen: Bosch macht weiter, bietet aber nicht nur Module an, sondern komplexe Lösungen. Oder das Werk übernimmt Produktion aus anderen Bereichen, die sonst ins Ausland verlagert würde. Oder der Konzern verkauft das Werk an einen Interessenten, der langfristige Perspektiven bietet.

Der IG Metall-Vorstand unterstützt diese Linie. Er fordert außerdem, dass Bosch keine betriebsbedingten Kündigungen ausspricht, allen Beschäftigten Weiterbeschäftigung im Konzern anbietet, im Solarwerk mindestens bis Ende 2013 weiterproduzieren lässt und bei der Suche nach Lösungen Politik, IG Metall und Betriebsräte einbezieht.

»Bosch erklärt zwar, sich zu bemühen, aber praktisch werden schon Maschinen zum Verkauf angeboten«, klagt Lemb. Den Ausverkauf des letzten großen Players in der Solarbranche will die IG Metall mit allem möglichen politischen und gesellschaftlichen Druck verhindern. Denn für sie entscheidet sich in Arnstadt, ob die deutsche Solarindustrie künftig noch eine wichtige Rolle im internationalen Wettbewerb spielt.

»Auch die Belegschaft wird kämpfen«, sagt Andy Poplawski. »Die Tore dürfen sich hier niemals schließen.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

RECHT NAH DRAN

Familienfreundlich? Die IG Metall Siegen zeigt, wie es geht

Kind oder Job? Früher mussten sich viele Frauen entscheiden. Auch weil die Reaktion vieler Chefs auf eine Schwangerschaft meist ernüchternd ausfiel. Anders sieht es bei Hartwig Durt, dem Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Siegen, aus. Er suchte im Oktober 2012 für eine Vollzeitstelle eine Politische Sekretärin oder einen Politischen Sekretär. Im Bewerbungsverfahren machte Jasmin Delfino das Rennen. Die 34-Jährige sollte die Aufgaben rund um prekäre Beschäftigung und Junge IG Metall übernehmen.

Frohe Botschaft. Durt plante ein weiteres Treffen mit Bewerberin Delfino, um mit ihr die weiteren Details zum neuen Job zu besprechen. »Sie kam mir statt dessen mit einer frohen Botschaft zuvor«, erinnert sich Durt. Im wahrsten Sinne. Denn Delfino teilte ihrem künftigen Vorgesetzten mit, dass sie ein zweites Kind erwarte.

Eine Verpflichtung, den Arbeitgeber über eine Schwangerschaft zu informieren, besteht grundsätzlich nicht. Ebenso verstößt die Frage danach gegen

das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Eine Bewerberin muss deshalb vor Abschluss des Arbeitsvertrags weder von sich aus noch auf entsprechende Fragen eine bestehende Schwangerschaft offenbaren. »Allerdings war der Zustand von Jasmin nicht zu übersehen«, sagt Durt.

Kein Dauerzustand. Für Durt war klar: Es bleibt bei seiner Entscheidung, Delfino einzustellen. Schwangerschaft sei schließlich kein Dauerzustand. Darum traf man Absprachen für den Wiedereinstieg: Im August beginnt das Beschäftigungsverhältnis und Delfino arbeitet nach der Mutterschutzfrist Teilzeit in der Elternzeit.

In Sachen Vereinbarkeit beweist die IG Metall Siegen: Es ist möglich, Wünsche von Beschäftigten bei der Arbeitszeitgestaltung zu berücksichtigen. »Ich mache mich unglaublich, wenn ich in Betrieben eine familienfreundliche Unternehmenskultur verlange und selbst einer berufstätigen Mutter und qualifizierten Fachkraft die Tür vor der Nase zuhaue«, sagt Durt. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Sanktionswut in den Jobcentern

Über eine Million Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger haben die Jobcenter 2012 verhängt, zumeist wegen versäumter Termine. Arbeitsagentur-Vorstand Heinrich Alt erklärt dazu, dass die Jobcenter wegen der guten Arbeitsmarktlage mehr Angebote machten, was auch zu mehr Meldeversäumnissen führe.

Das sehen Experten der Gewerkschaften anders. »Tatsäch-

lich laden die Jobcenter viel häufiger ein, ohne konkret Arbeit anbieten zu können – und sanktionieren dann oft voreilig und ohne Rechtsgrundlage«, kritisiert Martin Künkler von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen.

Tatsächlich hat laut Arbeitsagentur-Statistik gut die Hälfte der Widersprüche und Klagen gegen Sanktionen Erfolg. ■

KURZ & BÜNDIG

Kfz-Handwerk am Start

Die Tarifverhandlungen für 450 000 Beschäftigte in Autohäusern und Werkstätten haben begonnen. Die Forderung stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Diskutiert wurden bis zu 5,5 Prozent. Die bisherigen Verträge laufen Ende April bis Ende Mai aus. Aktuelle Informationen:

► igmetall.de/kfz-tarifrunde-2013



Foto: Michael Reichel / zb / pa

Im Alter von 67 Jahren ist Ottmar Schreiner gestorben.

Ottmar Schreiner tot

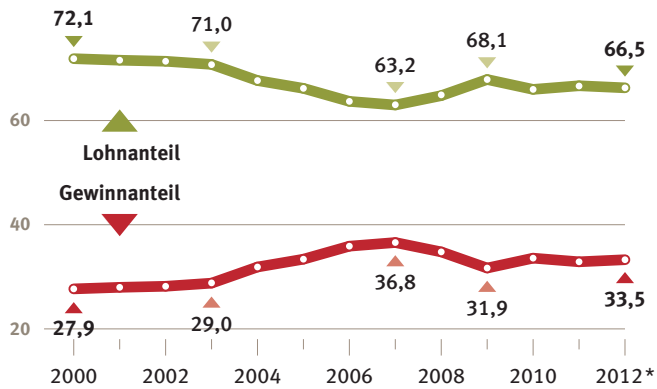
Sein ganzes Leben lang hat er gekämpft: für soziale Gerechtigkeit, für mehr Demokratie, für eine Gesellschaft, in der die Starken nicht über die Schwachen regieren. Seinen letzten Kampf aber, den Kampf gegen den Krebs, hat er nun verloren: Am 6. April, im Alter von 67 Jahren, starb Ottmar Schreiner. Er hinterlässt eine Frau und drei Kinder. Schreiner, seit 31 Jahren Mitglied der IG Metall, war zeit seines Lebens ebenso Sozialdemokrat wie Gewerkschafter. Vielen galt er als die Stimme für soziale Gerechtigkeit im Land, und nur wenige haben so wie er den öffentlichen Raum mit der Botschaft des Sozialstaats erfüllt. Konflikte ist er dabei nie aus dem Weg gegangen – des Respekts von Freunden wie Gegnern aber konnte sich Ottmar Schreiner immer sicher sein. ■

Arbeiten in der

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Anteil der Löhne am Volkseinkommen geschrumpft

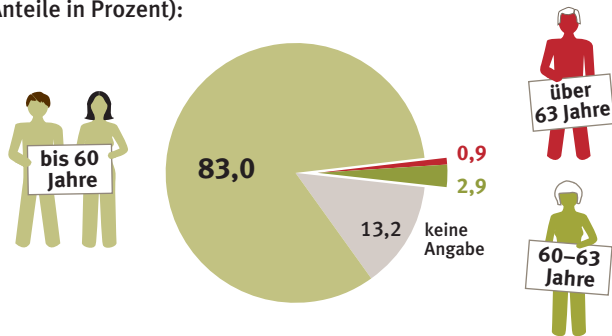
So verteilt sich das Volkseinkommen seit dem Jahr 2000 auf die Arbeitnehmerentgelte und die Gewinne in der Gesamtwirtschaft (Angaben in Prozent):



* nur 1. bis 3. Quartal | Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Betrieb ist kaum jemand über 60 Jahre

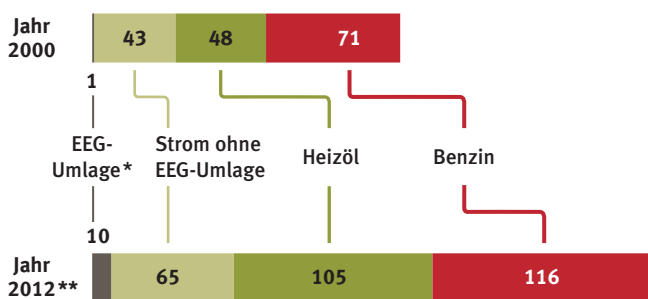
So »alt« sind die Beschäftigten in den Betrieben der Branchen, für die die IG Metall zuständig ist (Anteile in Prozent):



Quelle: IG Metall, repräsentative Betriebsrätebefragung 2012

Benzin belastet die Portemonnaies am meisten

So sind die Energiekosten eines durchschnittlichen deutschen Haushalts mit drei Personen seit 2000 pro Monat gestiegen (Jahresdurchschnittswerte in Euro):



* Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG);
** Prognosedaten von 2012 | Quelle: Agentur für erneuerbare Energien/ IG Metall

INTERVIEW

Industrie 4.0, die »vierte industrielle Revolution«, geht gerade durch die Presse. metallzeitung sprach mit Constanze Kurz. Sie arbeitet als Expertin der IG Metall mit Fachleuten aus Wirtschaft und Forschung an der Umsetzung der Industrie 4.0.

Constanze, was heißt überhaupt Industrie 4.0?

Constanze Kurz: Industrie 4.0 bedeutet die umfassende Vernetzung der Produktion. Alle kommunizieren miteinander: Teile, Maschinen, Beschäftigte – und sogar die Kunden. So kann die Produktion in Echtzeit flexibel umgestellt werden, etwa wenn der Kunde per Internet Sonderwünsche eingibt. Eine zentrale Steuerung wird überflüssig, weil sich die einzelnen Komponenten in einem offenen »cyber-physischen System« gegenseitig steuern.

Aber warum »vierte industrielle Revolution«? Was ist daran neu? Computer und Netzwerke in Fabriken gibt es doch schon.

Kurz: Ja, aber bisher eher als In-sellösungen. In der Regel hat jede Maschine ihr Programm. Bei einer Umstellung auf ein anderes Produkt müssen Programme geändert, Maschinen und Teile umgerüstet sowie Arbeitsabläufe angepasst werden. In der Industrie 4.0 jedoch gibt es all diese Brüche nicht mehr, weil alle Komponenten in ein einziges Netzwerk eingebettet sind. Dies bedeutet deutlich kürzere Reaktionszeiten, spart Energie und Material und macht auch Kleinserien kostengünstig.

Bundesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft investieren kräftig in die Industrie 4.0. Was erhoffen sie sich davon?

Kurz: Sie wollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit vor allem bei hochwertigen Produkten nachhaltig verbessern und neue Absatzmärkte erschließen. Da

werden die heutigen Produktionssysteme, etwa im Maschinenbau, trotz der hohen Qualität auf Dauer nicht reichen. In Zukunft wird Flexibilität auf Kundenwunsch immer wichtiger.

Wie nahe ist die Industrie 4.0 überhaupt? Kommt sie bald – oder ist das Zukunftsmusik?

Kurz: Natürlich ist da noch viel zu tun. Insbesondere bei der Verschmelzung von Produktion und IT. Da gibt es noch viele verschiedene in sich geschlossene Systeme. Wir brauchen eine standardisierte und offene Softwarearchitektur, auf die alle zugreifen und anpassen können – so wie heute etwa schon für Smartphone-Apps. Aber es gibt bereits eine Pilotanlage: die »Smart Factory« beim Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Kaiserslautern, wo auch Unternehmen mitforschen. Und auch in den Betrieben laufen erste Projekte, etwa bei Daimler, Trumpf, Siemens oder Bosch, die auch im Arbeitskreis Industrie 4.0 dabei sind.

Auch die IG Metall ist im Arbeitskreis Industrie 4.0 dabei. Warum? Und wie kam das?

Kurz: Detlef Wetzel [der Zweite Vorsitzende der IG Metall, die Red.], hat bereits Anfang 2012 wenige Wochen nach der Gründung des Arbeitskreises unsere Beteiligung sichergestellt. Weil wir gesehen haben, dass das Thema für die Zukunft von Standorten, Beschäftigung und Arbeit bedeutsam ist. Wir haben gesagt: Ihr dürft nicht allein die technischen Neuerungen sehen und da-

Infografiken: Julia Buschmann

Industrie 4.0



Fotos: Michael Schinke

Constanze Kurz, 51, ist Arbeits- und Technikoziologin. Im Bereich Betriebs- und Branchenpolitik beim IG Metall-Vorstand ist sie zuständig für Maschinenbau, Technologie-, Innovations- und Strukturpolitik.

bei die Beschäftigten vergessen. Industrie 4.0 wird auch erhebliche Veränderungen für die Arbeit mit sich bringen. Deshalb müssen Technik- und Arbeitsgestaltung zusammengedacht werden.

Was kommt denn auf die Beschäftigten zu? Wie wird sich die Arbeit verändern?

Kurz: Das kommt auf die Umsetzung an. Wenn die zentrale, hierarchische Steuerung entfällt, können Gestaltungsspielräume für die Beschäftigten entstehen. Und diese Gestaltungsspielräume müssen wir nutzen. Dann wird auch die Arbeit besser, interessanter, verantwortungsvoller – und wird sich mehr in Richtung Problemlösung verlagern.

Was fordert die IG Metall konkret bei der Umsetzung?

Kurz: Die Beschäftigten dürfen keine Rädchen in der cyber-physischen Fabrik sein, wie es Detlef Wetzels kürzlich formuliert hat. Die Menschen müssen die Systeme steuern, nicht umgekehrt. Höhere Flexibilität ja – aber nicht auf Kosten der Beschäftigten. Und die Arbeit darf auch nicht prekär sein, mit Niedriglöhnen und Leiharbeit. Wir wollen bessere statt billigere Arbeit. Basis dafür ist eine lernförderliche Arbeitsorganisation. Alle müssen die Chance auf Weiterbildung haben, von den Ingenieuren bis zu den Angelernten.

Wird die IG Metall ihre Forderungen durchsetzen können?

Kurz: Wir sind früh dabei und haben daher auch schon einige Schneisen bei der Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung in die Umsetzungsempfehlungen schlagen können. Und das Verständnis für die Belange der Beschäftigten in Wirtschaft und Wissenschaft ist gewachsen. Wir werden zunehmend als vollwertige Projektpartner akzeptiert, weil die anderen ja sehen, dass wir in den Betrieben nah dran und kompetent bei Innovationen aufgestellt sind. Viele Unternehmensvertreter sehen auch ein, dass sie Betriebsräte und Beschäftigte beteiligen und ihr Wissen nutzen müssen, um dieses dicke Brett zu bohren.

Zu guter Letzt die entscheidende Frage: Wird die Umsetzung der Industrie 4.0 in den Betrieben Arbeitsplätze kosten?

Kurz: Das lässt sich im Moment noch nicht sicher sagen. Wenn wir in den Betrieben mitgestalten und unsere Vorstellungen durchsetzen, werden die Chancen für die Beschäftigten überwiegen. Ich glaube nicht an die menschenleere Fabrik. Denn auch in der Industrie 4.0 wird nicht alles von allein laufen. Da braucht es qualifizierte Beschäftigte mit Erfahrung und Engagement. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

WISSEN

Industrie 4.0 und »Smart Factory«

Hintergründe zum Arbeitskreis Industrie 4.0 und zu den Umsetzungsempfehlungen an die Bundesregierung:

► acatech.de/industrie4.0

Berichte und Bilder zur Pilotanlage »Smart Factory« im Deutschen Forschungszentrum für künstliche Intelligenz in Kaiserslautern:

► smartfactory.dfki.uni-kl.de

Dort findet Ihr unter »Partner« auch Unternehmen, die an der »Smart Factory« beteiligt sind.

KURZ & BÜNDIG

Klage gegen Kärcher

Wegen Verletzung des Betriebsverfassungsgesetzes klagt die IG Metall gegen den Kärcher-Betriebsrat. Anstatt viermal jährlich findet bei Kärcher, wenn überhaupt, eine Betriebsversammlung statt. Begründet wird das mit der Unternehmenskultur beim schwäbischen Reinigungsspezialisten. Mitarbeiter müssen jedoch regelmäßig umfassend informiert werden. Ein Güteverfahren verlief ergebnislos. Ziel ist es, den Weg für Betriebsratswahlen freizumachen.

► igmetall-waiblingen.de

Arbeiterlieder als CD

1. Mai. Tarifrunde. 150 Jahre Arbeiterbewegung: Das sind nur einige Anlässe, zu denen ein paar schöne Arbeiterlieder und -texte passen. Der Mannheimer Sänger und Liederschreiber Bernd Köhler hat mit »Keine Wahl« ein Lieder- und Geschichtenbuch sowie eine CD (zusammen 25 Euro) herausgebracht. Neben Musikern aus Mannheim singen auch der AlstomChor sowie Azubis von Ford Saarlouis mit. Hörproben unter:

► ewoz.de/berndkoeehler

Anzeige

LF
Lohnsteuerhilfeverein
Fuldatal e.V.

Wir helfen Ihnen bei der Einkommensteuererklärung* - bundesweit - und zeigen Ihnen wie man richtig Steuern spart!

Anzeige mitbringen und als Neumitglied auf Empfehlung des SERVICE 15,- € Bonus sichern.

Ihre Beratungsstelle unter www.lohi-fuldatal.de oder Telefon 0 800 - 222 44 56

*Allgemeine Betreuung und Beratung in Steuersachen im Rahmen einer Mitgliedschaft nach § 4 Nr. 11 Steuerberatungsgesetz

Vier Minuten für die Älteren

RENTE | Wenn Menschen länger arbeiten und gesund bleiben sollen, muss sich viel ändern. In der Arbeitswelt und in der Politik. Wie Arbeitgeber Beschäftigte entlasten können, zeigen Pilotbetriebe der IG Metall-Kampagne »Gute Arbeit – gut in Rente«. | **Von Fabienne Melzer**



Ulrike Fuchs will für ältere Beschäftigte den Druck aus der Arbeit nehmen.

Foto: Sven Ehlers

Wenn Dennis Sabottke einen Plan hatte, dann sah er sicher nicht so aus. Früh, spät oder nachts zur Arbeit, früh, spät oder nachts schlafen gehen – immer im Wechsel, Woche für Woche, Jahr für Jahr. Seit zehn Jahren arbeitet der 29-Jährige in vier Schichten. »Wie das halt so läuft«, sagt der Industriemechaniker. »Man macht seinen Schulabschluss, sucht eine Ausbildung, hofft auf einen guten Job und dann muss man auch Kröten schlucken. Bei uns ist es die Schichtarbeit.« Sonst macht seine Arbeit ihm Spaß, er versteht sich mit den Kollegen und verdient gut. Es könnte immer so weitergehen. Doch Dennis merkt schon mit knapp 30: Zehn Jahre Schichtarbeit haben erste Spuren hinterlassen. Er schläft nachts nicht mehr durch. Tagsüber kriegt er nur wenige Stunden Schlaf. »Wenn ich um sechs von der Nachtschicht komme, bin ich um elf wieder wach.«

Als sein Betrieb eine Gesundheitsvorsorge für Schichtarbeiter startet, meldete Dennis sich an: zehn Tage Reha mit Gesundheitscheck, Sport, Schlaf- und Ernährungsberatung. Aber am allerbesten fand er es, zehn Tage lang ganz normal zu leben. »Morgens aufstehen, drei feste Mahlzeiten und abends ins Bett.

Das war echt entspannt.« Das Vorsorgeprojekt heißt »Kompass«. Der Betriebsrat des Koblenzer Aluminiumherstellers Aleris hat es für Schichtarbeiter ausgehandelt. Es geht dem Betriebsrat um gute Arbeit und darum, dass Menschen gesund in Rente gehen können. Betriebsrat Hans Ax weiß, dass die heutigen Arbeitsbedingungen weit davon entfernt sind.

Aleris ist ein Pilotbetrieb der IG Metall-Kampagne »Gute Arbeit – gut in Rente«. Es gibt das Kompass-Projekt und die Belegschaft zieht sich für mehr Altersteilzeit schneller um. Wie? Statt 15 Minuten Umkleidezeit bekommt jeder nur elf Minuten auf seinem Zeitkonto gutgeschrieben und verzichtet pro Jahr auf zwei freie Tage. Dafür können fast sechs statt vier Prozent der Belegschaft in Altersteilzeit gehen.

Als der Betriebsrat das Modell vorstellte, hat niemand auf seinen freien Tagen bestanden. »Das ist gelebte Solidarität«, sagt Hans Ax stolz. Sein Ziel hat der Betriebsrat aber längst nicht erreicht. Es gibt noch eine lange Liste. Darauf stehen auch zusätzliche Pausen für Ältere und keine Nachtschicht für Menschen über 60, wenn sie es nicht können. »Es geht voran«, sagt Ax, »langsam.«

Bei Aleris und vier weiteren Unternehmen hat die IG Metall Koblenz die Beschäftigten gefragt und überall die gleichen Antworten bekommen: Nur 15 Prozent können sich vorstellen, bis 67 zu arbeiten. Für Reiner Göbel, Chef der Verwaltungsstelle Koblenz, ein Beleg dafür, dass einiges schief läuft, in den Betrieben, aber auch in der Politik. Gemeinsam mit den Betriebsräten kümmert er sich um bessere Arbeitsbedingungen. »Aber wir brauchen auch politische Lösungen.« Deshalb wollen Göbel und die Betriebsräte in Koblenz ihren Bundestagskandidaten vor der Wahl im September die Frage stellen: »Was tut Ihr, damit Menschen gesund und finanziell gesichert in Rente gehen können?«

Nur ein Mythos. Für Hans-Jürgen Urban werden Politiker und Arbeitgeber ihrer Verantwortung für die Probleme Älterer nicht gerecht. »Die schöne neue Arbeitswelt für die Alten bleibt ein Mythos«, sagte Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, auf einer Pressekonferenz zum Stand der Kampagne in Berlin (siehe Kasten).

Laut einer Betriebsrätebefragung der IG Metall sind nur vier Prozent der Beschäftigten in der Metallbranche älter als 60. Für Urban ein Argument gegen die Rente mit 67 und für eine altersgerechte Arbeitswelt und flexible Übergänge in die Rente. »Arbeitsbedingungen und betriebliche Bedarfe sind zu unterschiedlich für starre Einheitslösungen. Wir brauchen mehr Wahlmöglichkeiten beim Altersausstieg.« Er fordert unter anderem eine neue geförderte Altersteilzeit und einen vorzeitigen Ausstieg ohne Abschläge für Menschen mit langen Versicherungszeiten. Zu einem Wandel in der Arbeitswelt gehören kürzere Arbeitszeiten für Schichtarbeiter und weniger Tempo in der Produktion.

Hohes Tempo und Zeitdruck machen gerade Älteren zu schaffen. Das Problem kennt Ulrike Fuchs. In ihrer Abteilung beim Schaltanlagenbauer Eaton sind mit einer Ausnahme alle über 50. In den letzten Jahren stellte die Firma keine neuen Leute ein und so wurde ihr Team immer älter. Für den Arbeitgeber kein Grund, die Leistungsschraube zu lockern. Im Gegenteil: »Der Flash Report setzt alle unter Druck.« Er legt fest, was die Abteilung jede Stunde, jeden Tag, jeden Monat schaffen muss. Arbeiten die Beschäftigten zu langsam, wechselt das Kontrollsystem von Grün auf Rot. Egal, ob alle da oder gerade sechs krank sind. Und der Druck macht krank. »Die Leute fallen oft zwei oder drei Wochen aus, weil sie einfach fertig sind«, sagt Ulrike Fuchs. Auch bei Eaton hat die IG Metall die Beschäftigten befragt. Nun gibt es eine lange Liste mit Punkten, die der Betriebsrat ändern will. Ganz weit oben steht der Zeitdruck, nicht nur bei den Älteren. ■



Dennis verzichtet auf vier Minuten Umkleidezeit, damit mehr Kollegen in Altersteilzeit gehen können.

Foto: Sven Ehlers



Foto: Christian von Polenz

Hans-Jürgen Urban und Detlef Wetzel (Mitte li. und re.) anlässlich einer Aktion im Rahmen der Kampagne

GUTE ARBEIT – GUT IN RENTE

Arbeiten bis 67? Für die Mehrzahl der Beschäftigten bleibt das eine Illusion. Deshalb sieht Detlef Wetzel darin vor allem eine Rentenkürzung, die viele in Altersarmut führen wird. »Doch während die Politik tatenlos zuschaut, handeln wir«, sagte der Zweite Vorsitzende der IG Metall auf einer Pressekonferenz zur Kampagne Mitte April in Berlin. »Wir kümmern uns um altersgerechte Arbeitsplätze und wir fordern: Wahlmöglichkeiten für jeden statt Einheitsrente für alle.« Die IG Metall will das Thema Rente vor der Bundestagswahl mit Kandidaten aller Parteien diskutieren. Wie vielen das Thema wichtig ist, zeigt eine repräsentative Umfrage von TNS-Infratest im Auftrag der IG Metall:

ZAHLEN ZUM THEMA

79 Prozent der Wählerinnen und Wähler ist das Thema Rente bei ihrer Wahlentscheidung im September wichtig oder sogar sehr wichtig.

79 Prozent der Wählerinnen und Wähler sagen, die Rentenpolitik geht in die falsche Richtung und es braucht einen grundlegenden Kurswechsel.

78 Prozent der Wählerinnen und Wähler sprechen sich dafür aus, Beamte, Selbstständige und Freiberufler in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.

60 Prozent der Wählerinnen und Wähler halten höhere Beiträge zur Rentenversicherung, die jeweils zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden, für sinnvoll.

Warnstreik – Dein gutes Recht

RECHT SO Mit Warnstreiks unterstützen Beschäftigte die Tarifforderung ihrer Gewerkschaft. Beginn und Dauer eines Warnstreiks legt die jeweilige IG Metall-Bezirksleitung fest. Tjark Menssen beantwortet die wichtigsten Fragen rund um den Warnstreik.

»Plus für uns – Plus für alle« lautet das Motto der IG Metall für ihre aktuelle Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie.

Die Gewerkschaft fordert für rund 3,7 Millionen Beschäftigte 5,5 Prozent mehr Geld für zwölf Monate. Bereits seit Mitte März wird in verschiedenen Tarifgebieten mit den Arbeitgebern verhandelt. Bis zum Redaktionsschluss am 20. April ohne Ergebnis.

Sobald die Friedenspflicht endet, kann die IG Metall zum Warnstreik aufrufen. Warnstreiks sind befristete Arbeitsniederlegungen von einigen Stunden. Damit wollen IG Metall und die Beschäftigten die Arbeitgeber zu einem Angebot bewegen oder gegen ein zu geringes Angebot protestieren. Warnstreiks sind ein effektives Druckmittel, um gute Tarifstandards für Mitglieder durchzusetzen.

Ruhe vor dem Sturm. Bevor die IG Metall aber zum Warnstreik aufrufen kann, muss die Friedenspflicht abgelaufen sein. Friedenspflicht bedeutet, dass während der Laufzeit eines gültigen Tarifvertrages keine Arbeitskämpfmaßnahmen durchgeführt werden dürfen. Nach Ende der Friedenspflicht kann die IG Metall zu Warnstreiks aufrufen. Das tut sie in der Regel auch, um den Verhandlungs- und Einigungsdruck auf die Arbeitgeber zu erhöhen. Warnstreiks sind wie Vollstreiks verfassungsrechtlich als Grundrecht garantiert.

Das Streikrecht leitet sich ab von der »Koalitions- und Vereinsfreiheit«, das im Grundgesetz verankert ist (Artikel 9 Absatz 3).



Tjark Menssen ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Foto: Olaf Herrmann

Darum darf sich jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer an einem Warnstreik beteiligen – ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht.

Ende der Friedenspflicht. Aufgrund einer Vereinbarung mit den Arbeitgeberverbänden endet die Friedenspflicht in dieser Tarifrunde mit Ablauf der Entgelttarifverträge, und zwar am 30. April um 24 Uhr. Danach sind sofort Warnstreiks möglich.

Warnstreiks erlaubt. Wer an einem Warnstreik teilnimmt, muss keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen befürchten. Der Grund: Die Arbeitgeber dürfen Warnstreikende nicht maßregeln und weder während der Arbeitsniederlegung noch danach kündigen.

Außerhalb des Berufsschulunterrichts dürfen sich auch alle Auszubildende am Warnstreik beteiligen. Schließlich fordert die IG Metall auch für sie mehr Geld.

Betriebsratsmitglieder dürfen sich in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer und Gewerkschaftsmitglieder an Warnstreiks beteiligen.

Und Leihbeschäftigte? Entleiher dürfen Leiharbeiter nicht zu Streikbrucharbeiten einsetzen. Dies ergibt sich schon aus den DGB-Tarifverträgen zur Leiharbeit. Sie besitzen außerdem ein Leistungsverweigerungsrecht. Das regelt Paragraph 11 Absatz 5 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes: »Der Leiharbeiter ist nicht verpflichtet, bei einem Entleiher tätig zu sein, soweit dieser durch einen Arbeitskampf unmittelbar betroffen ist.« Der Verleiher muss den Beschäftigten auf das Recht, die Arbeitsleistung zu verweigern, hinweisen.

Umgekehrt muss der Leihbeschäftigte seinen Arbeitgeber (Verleiher) dann darüber informieren, wenn er vom Leistungsverweigerungsrecht Gebrauch macht.

Der Verleiher kann die Beschäftigten dann zwar in anderen Betrieben einsetzen. Macht er hiervon keinen Gebrauch, dürfen die Leiharbeiter aber nicht daran gehindert werden, sich an den Aktionen der IG Metall zu beteiligen. ■

WISSEN

Jetzt Stärke zeigen – was Beschäftigte noch wissen sollten


■ Beginn und Dauer

Zu einem Warnstreik ruft die IG Metall auf. Mit dem Aufruf werden Uhrzeit, Dauer und in der Regel auch Treffpunkt für die Aktion vor Ort festgelegt.

■ Mobilisierung

Mit Warnstreiks demonstrieren die IG Metall und die aufgerufenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Entschlossenheit, für ihre Forderung zu kämpfen.

■ Die IG Metall vor Ort

Infos zu Warnstreikaktionen erhalten Beschäftigte über ihre IG Metall-Verwaltungsstelle. Kontaktdaten unter:  igmetall.de/vor-ort

PRÜFSTAND

Sicherer Aufstieg

Aufklappen, aufstellen, aufsteigen. Fertig. Ganz einfach, der richtige Umgang mit einer Leiter, ganz ungefährlich. Denkt man. Denkt man leider falsch.

Leiterunfälle passieren öfter, als man glaubt, Abstürze kommen im Arbeitsalltag immer wieder vor: Weil die Leiter, aus Unachtsamkeit oder aus Nichtwissen, falsch eingesetzt und so zur Gefahr wird.

Gerade stellen. Der richtige, der sorgsame Umgang mit einer Leiter ist also wichtig. Und kein Hexenwerk. Man muss nur ein paar Regeln beachten. Welche? Nun, zunächst sollte eine Leiter nie auf glitschigem Boden und nicht schräg an die Wand gestellt werden, ein Winkel von 65 bis 75 Grad ist optimal. Beim Aufstieg dann unbedingt festes Schuhwerk tragen, niemals zu zweit hochklettern und die letzten Stufen nicht erklimmen. Viel zu wackelig. Ach ja, beim Arbeiten keinesfalls das Gewicht verlagern. Also nicht zwei Meter neben dem Leiterstandort die Mauer streichen. Dann lieber die Leiter umstellen. So viel Zeit muss sein. ■

Jan.Chaberny@igmetall.de



Der richtige Umgang mit einer Leiter ist wichtig – sonst kann es schnell zu Unfällen kommen.

Foto: Design Pics/ pa



Bei neuer Schwangerschaft darf die Elternzeit vorzeitig enden.

Elternzeit: neue Regeln

FAMILIE UND BERUF

Nicht selten kommt es vor, dass sich während der Elternzeit erneut Nachwuchs ankündigt. Berufstätige Frauen können in diesem Fall die Elternzeit auch ohne Zustimmung des Chefs vorzeitig beenden.

Mütter, die sich bereits in Elternzeit befinden und erneut schwanger sind, können die Elternzeit wegen der Mutterschutzfristen (sechs Wochen vor und mindestens acht Wochen nach der Geburt) nach dem Mutterschutzgesetz vorzeitig beenden, auch ohne dass der Arbeitgeber zustimmt. Möglich macht das die Neufassung des Paragraphen 16 Absatz 3 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG).

Müttern bringt diese Neuregelung finanzielle Vorteile: Endet die Elternzeit wegen erneuter Schwangerschaft vorzeitig, kön-

nen gesetzlich Versicherte neben dem Mutterschaftsgeld auch den Arbeitgeberzuschuss beanspruchen. Die Höhe des Zuschusses richtet sich in diesen Fällen nach dem Arbeitsentgelt für das Arbeitsverhältnis, das nach Ablauf der Elternzeit wieder aufgelebt wäre, wenn nicht die neue Mutterschutzfrist eingetreten wäre.

Rechtzeitig mitteilen. Schwangere sollen dem Arbeitgeber die Beendigung der Elternzeit rechtzeitig mitteilen. Die Neufassung des Gesetzes schreibt hier weder eine konkrete Form noch Frist vor.

Betroffene Frauen sollten sich deshalb an der Mutterschutzfrist orientieren und den Arbeitgeber mindestens sechs Wochen vor dem Geburtstermin, keinesfalls aber später, informieren. Denn der Zuschuss wird erst mit dem Tag fällig, an dem die Mitteilung zugeht.

Restelternzeit. Die nicht verbrauchte Elternzeit geht nicht verloren. Stimmt der Arbeitgeber zu, dann kann die Restelternzeit für das erste Kind bis zur Vollendung des achten Lebensjahres übertragen werden. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

✓ CHECKLISTE

Berufstätige Eltern

Müttern und Vätern steht frei, wer von ihnen Elternzeit nimmt und für welche Zeiträume.

- Mütter oder Väter sollten Elternzeit grundsätzlich erst mal nur für zwei Jahre anmelden.
- Die verbleibende Zeit von zwölf Monaten lässt sich mit Zustimmung des Chefs bis zum achten Lebensjahr des Kindes übertragen.
- So bleiben Eltern flexibel. Zudem können sie noch einmal neu darüber nachdenken, ob jemand zwischen dem dritten und achten Geburtstag des Kindes Elternzeit nimmt.



Vom Staat alleingelassen

STANDPUNKT

Eine Studie im Auftrag des Versorgungswerks Metall-Rente hat herausgefunden: Die junge Generation ist zwar bereit, eigenes Geld in die Altersvorsorge zu investieren. Diese Verantwortung erwartet sie allerdings auch von der Politik und hofft, dass der Staat sie bei ihrer Vorsorge für ihr Alter nicht im Stich lässt. Die gesetzliche Rentenversicherung ist in den Augen vieler Jugendlicher wichtiger geworden. Die Mehrheit befürwortet, dass alle in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollten.

Die junge Generation hofft, dass der Staat sie bei der Vorsorge fürs Alter nicht im Stich lässt.

Fotos von links: Angel Luis Simon Martin, Günter Slabihoud/ beide panthermedia.net

Das gemeinsame Versorgungswerk von Gesamtmetall und IG Metall Metall-Rente hat zum zweiten Mal eine Studie in Auftrag gegeben, die Wissen, Einstellungen und Mentalitäten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Vorsorge und Finanzen erkundet. Eine repräsentative Stichprobe von 2500 Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 17 und 27 Jahren wurde vom Forschungsinstitut TNS Infratest befragt.

Die entscheidende Frage der Studie lautet: Nimmt die junge Generation den von der Politik eingeleiteten Systemwechsel bei der Altersvorsorge an? Ein Wechsel von der öffentlichen und automatischen Sicherung des Lebensstandards durch die gesetzliche Rente hin zu einer Teilsicherung. Plus eine zusätzliche persönliche Investition in betriebliche Altersvorsorge und private Altersvorsorge. Stellt sie sich der Herausforderung oder ist sie überfordert?

Sparwillig. Die Ergebnisse sind auf den ersten Blick ermutigend. Die 17- bis 27-Jährigen bilden eine leistungsorientierte Generation des pragmatischen Optimismus. Sie sind mobil und flexibel, haben Gemeinsinn und schätzen mehrheitlich Hilfsbereitschaft und gesellschaftliche Verantwortung. Und vor allem: Sie sind grundsätzlich bereit, sich um ihre Alterssicherung zu kümmern, obwohl sie in weiter biografischer Ferne und noch gar nicht im Horizont des Erlebbareren liegt.

Junge Menschen sind willens, sich bereits zwischen 17 und 27 auf ein Ereignis einzustellen, das erst in 40 Jahren für sie akut wird. Aber – und hier beginnt die weniger ermutigende Partie der Untersuchung – die jungen Leute sind angesichts internationaler Finanzkrisen und Eurounsicherheiten nicht bereit, auf volles Risiko einfach so »drauflos« zu sparen. Sie beklagen, dass sie viel zu wenig

WISSEN

Das will die IG Metall

Die gesetzliche Rente als erste Säule der Alterssicherung muss gestärkt werden. In der heutigen Form kann die betriebliche Altersvorsorge (bAV) nur eine Ergänzung aber kein Ausfallbürge sein. Die IG Metall schlägt vor, die bAV als zweite tragende Säule zu einem flächendeckenden System der Alterssicherung zu erweitern und sozialstaatlich auszugestalten. Sie fordert:

- eine Pflicht der Arbeitgeber, allen Beschäftigten eine bAV anzubieten;
- eine ausreichende und verbindliche – mindestens paritätische – Beteiligung an der Finanzierung der bAV;
- verbindliche Regeln zur Sicherung der Betriebsrenten;
- sowie mehr Mitbestimmung.

staatliche Absicherung dafür haben. Sie sind einverstanden damit, eigenes Geld in die Altersvorsorge zu investieren, aber sie zögern damit und warten, dass Staat und Politik für eine sozial ausgleichende Rentenpolitik sorgen, die ihre Finanzdispositionen nicht ins Leere laufen lassen. Auf eigenes Risiko mühsam erarbeitetes Geld abzuzweigen und ohne jede staatliche Absicherung anzulegen – das widerspricht ihrer pragmatischen und selbstbewussten Art.

Garantien gefordert. Die junge Generation in Deutschland erweist sich als äußerst nüchtern und zögerlich in finanziellen Dispositionen. Die politische Weichenstellung hin zu mehr Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge wird grundsätzlich akzeptiert, in der konkreten Umsetzung aber mit Skepsis gesehen. Es gefällt den 17- bis 27-Jährigen gar nicht, dass der Staat sie in eine

Eigenverantwortung entlassen will, ohne Mindestgarantieren für den Fall anzubieten, dass Finanz- und Wirtschaftskrise anhalten und das hart Ersparte seinen Wert verliert. Sie sehen realistisch, wie unsicher es noch immer ist, einen fair bezahlten und unbefristeten Arbeitsvertrag zu erhalten. Sie haben durchaus Zweifel, ob sie zukünftig finanziell über die Runden kommen. Trotz eines grundlegenden Optimismus, der für sie typisch ist, schleichen sich immer wieder Ängste vor Arbeitslosigkeit und Armut ein, auch wenn diese Ängste gegenüber der ersten Studie aus dem Jahr 2010 wegen der guten Wirtschaftsentwicklung in Deutschland schon etwas weniger geworden sind.

Wer heute ins Berufsleben einsteigt, dem werden in 40 Jahren gerade mal 40 Prozent des Bruttoeinkommens als gesetzliche Rente ausgezahlt. Das lässt Unsicherheiten aufkommen. Vor allem bei jungen Menschen mit geringem Bildungsgrad und niedrigen Berufsqualifikationen ist die Befürchtung groß, im Alter nur eine Mindestversorgung zu erhalten, von der sie nicht leben können. Ohne es immer auszusprechen, haben sie Angst vor einer Altersarmut. Die Studie offenbart ein Dilemma: Je höher diese Befürch-

Zum Autor



Foto: Vincent Mosch

Klaus Hurrelmann gehört zu den bekanntesten Kindheits- und Jugendforschern in Deutschland. Der 69-jährige Professor lehrt an der Hertie School of Governance in Berlin. Er ist Mitherausgeber der letzten drei Shell-Jugendstudien und übernahm zum zweiten Mal die wissenschaftliche Leitung der Studie »Jugend, Vorsorge, Finanzen« des Versorgungswerks.

tungen sind, desto geringer ist die Bereitschaft und Fähigkeit der jungen Leute, betrieblich oder privat Geld zurückzulegen, um Altersarmut vorzubeugen. Der geringe Bildungs- und Qualifikationsgrad führt zu einer großen Verunsicherung, was man konkret tun könnte. Am Ende geschieht gar nichts. Man fühlt sich blockiert. Das Ergebnis: Viel zu wenige Junge sorgen vor. Es sind vor allem die, bei denen es objektiv besonders dringlich wäre.

Überfordert. Das Wissen über Altersvorsorge, die eigenen finanziellen Kenntnisse und Handlungskompetenzen – auch das zeigt diese Untersuchung – sind unzureichend. Mehr als ein Drittel der Jugendlichen fühlt sich von den angebotenen Informationen über finanzielle Dinge überfordert: »Was ich über finanzielle Dinge höre, ist für mich zu kompliziert und wenig durchschaubar«, klagten die Befragten. Sie wenden sich in ihrer Not an die Eltern und Verwandten, an Freunde, Bekannte und das Internet. Aber das reicht nicht, um auch nur einigermaßen nachhaltige und treffsichere Entscheidungen zu fällen. Finanzberater besitzen diese Kompetenz. Doch seit der Finanzkrise ist das Vertrauen in sie erschüttert wie noch nie.

Die Schulen stellen die zentrale und glaubwürdige Instanz dar, die diese Lücke zu elementaren Fragen des Wirtschaftslebens schließen könnte. Sie erfüllen diese Aufgabe aber schlecht.

Obwohl die Themen Wirtschaft und Finanzen die öffentliche Debatte prägen – in den Schulen spielen sie im Unterricht kaum eine Rolle. Sie sind im traditionellen Lehrplan der meisten Schulen nicht enthalten. Schulen sind heute sozusagen ein wirtschaftsfreier Raum. Damit verlieren sie als Institution an Autorität und stärken die Zweifel der jungen Generation, dass Staat und Politik ihnen genügend Beistand bei der Bewältigung einer der wichtigsten persönlichen Zukunftsaufgaben geben. ■

hurrelmann@hertie-school.org

DAS STICHWORT

Ren|ten|an|pas|sung, die;

Am 1. Juli werden die gesetzlichen Renten wie jedes Jahr »angepasst«, das heißt erhöht. Während sie in Ostdeutschland um 3,29 Prozent zulegt, steigen sie in Westdeutschland nur um 0,25 Prozent. Viele Rentner im Westen sind darüber empört. Vor allem weil das Plus angesichts einer Inflationsrate von etwa zwei Prozent faktisch ein Minus ist.

Die Anpassung orientiert sich an Formeln, die durch ständig neue politische Eingriffe im Laufe der Zeit immer komplizierter und undurchschaubarer geworden sind. Ein Ziel dabei war, die Renten zu kürzen.

Zwar gilt als Grundprinzip: Die Renten steigen wie die Bruttoentgelte des Vorjahrs. Dabei wird die allgemeine Lohnentwicklung berücksichtigt, aber auch die bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, also den Rentenbeitragszahlern. Doch hinzu kommen Faktoren, die die Erhöhungen »dämpfen«. Erstens der »Nachhaltigkeitsfaktor«: Wie stark er die Renten senkt, hängt davon ab, wie sich das Verhältnis von (mehr wer-

henden) Rentnern zu den Beschäftigten entwickelt. Zweiter Faktor sind die steigenden »Altersvorsorgeaufwendungen« der Erwerbstätigen für ihre gesetzliche und private Altersvorsorge.

Aktuell wirkt zudem ein Ausgleichsfaktor: Weil in der Krise die Löhne schrumpften, vor allem im Westen, hätten auch die Renten 2009 sinken müssen. Um das zu verhindern, gab es eine »Rentengarantie«. Deren Kosten wurden danach schrittweise wieder hereingeholt. Da sich die beitragspflichtigen Löhne im Osten anders entwickelten als im Westen, wurden hier die Zusatzkosten schon 2012 ausgeglichen, im Westen noch nicht. So erklärt sich, dass die Renten im Osten 2013 stärker steigen als im Westen. Die Ostrenten hinken immer noch hinter denen im Westen her, aber sie holen auf. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Ein Interview zum Thema mit IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban:

► igmetall.de/rentenanpassung

ARBEIT UND GESUNDHEIT

Kampf gegen Überlastung

Kaum Luft holen, kein Durchatmen: das nächste Projekt, der dringende Auftrag, das kurzfristige Kundengespräch. Der Arbeitstag ist oft bis an die Grenze vollgefüllt. Für immer mehr Beschäftigte geht er weit über die Belastungsgrenze hinaus.

Für vier Fünftel aller Beschäftigten, das erwies eine repräsentative DGB-Umfrage von 2012, ist die Arbeitsintensität in den vergangenen Jahren weiter

gestiegen, für mehr als die Hälfte in beträchtlichem Ausmaß.

Die IG Metall macht sich deshalb für eine Anti-Stress-Verordnung stark, die Beschäftigte vor Überlastung am Arbeitsplatz schützt. Und auf einem Anti-Stress-Kongress in Berlin werden nun betriebliche Präventionsstrategien gegen arbeitsbedingten Stress diskutiert.

► igmetall.de/anti-stress-initiative



Foto: Benjamin Doerr

Betriebsräte, ehemalige Leihbeschäftigte, Thomas Kantelhardt von der IG Metall (Dritter von links), Betriebsratsvorsitzender Joachim Scholz (ganz rechts im Bild) und Azubi Marvin (mit Schutzhelm) freuen sich: »Faire Bezahlung und sichere Arbeit für alle.«

Super! Baden-Auto ohne Leiharbeiter

DA GEHT WAS

Leiharbeit rechnet sich nicht. Für niemanden. Baden-Auto in Freiburg beendete deshalb die Dauerleiharbeit. Dank der IG Metall wurden alle Leihbeschäftigten übernommen und erhalten nun einen fairen Tariflohn.

Sven Beckmann ist glücklich: »Ich komme jetzt jeden Morgen richtig motiviert zur Arbeit. Ich bin nicht mehr Arbeiter zweiter Klasse.« Der 24-jährige Kfz-Mechaniker gehört zu den rund 60 Leihbeschäftigten, die seit 1. März bei der Autohausgruppe Baden-Auto endlich einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu Tarifbedingungen haben. Konkret bedeutet das für Sven: Er bekommt fast 40 Prozent mehr Gehalt. Er hat Anspruch auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Er arbeitet im Monat 20 Stunden weniger. Und er freut sich über 30 statt wie bisher 24 Tage Urlaub.

Rückblick. Sven Beckmann war einer von zeitweise bis zu 60 Leih-

beschäftigten in der rund 200-köpfigen Belegschaft. Seit mehr als fünf Jahren zog sich die Leiharbeit durch alle Bereiche: Verkauf, Werkstatt und Lager.

Unter Druck. »Wir waren eine Zweiklassengesellschaft«, erinnert sich Betriebsratsvorsitzender Joachim Scholz. Die Folgen für die

Autohausgruppe: katastrophal. Die Stammbeschäftigten standen dauerhaft unter Druck. Die Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer waren unzufrieden und demotiviert, immer auf der Suche nach fairer und sicherer Arbeit. Der Betriebsfrieden war also empfindlich gestört. Aber auch die Qualität beim Service stimmte nicht mehr.



WISSEN

Die Eckpunkte aus dem Ergänzungstarifvertrag:

- unbefristeter Arbeitsvertrag für alle Leihbeschäftigten
- Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen
- Gespräche über Altersteilzeit Anfang 2014
- Wiederaufnahme der Ausbildung

Es dauerte viel zu lange, die immer wieder wechselnden Leihbeschäftigten neu anzulernen. Und in Weiterbildung zu investieren lohnte sich schon gar nicht.

Betriebsräte und Beschäftigte wollten sich diesen Zustand nicht mehr länger gefallen lassen und begannen zu verhandeln. Mit Erfolg: Betriebsratsvorsitzender Joachim Scholz und Geschäftsführer André Garrels setzten ein Zeichen und beendeten die Dauerleiharbeit.

Solidarisch. Um die Sache rundzumachen, zog auch die Stammbeslegschaft an einem Strang. Sie stimmten gegen Leiharbeit und für den neuen Ergänzungstarifvertrag. Der fordert von ihnen zwar einen solidarischen Beitrag: 44 Stunden in Zeit oder Geld müssen sie in diesem Jahr zusätzlich arbeiten. Aber für Betriebsratsvorsitzenden Scholz ist auch klar: »Unser Vertrag ist in einer sehr schwierigen Branche ein Schritt in die richtige Richtung.« ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Die IG Metall hat in mehr als 1200 Betrieben dank Vereinbarungen bessere Bedingungen für Leihbeschäftigte geschaffen:

igmetall.de/Leiharbeit

Vorsicht bei Aufhebungsvertrag

TIPP FÜR DEN JOB

Es passiert immer öfter: Der Chef droht mit Kündigung und bietet einen Aufhebungsvertrag. Die IG Metall rät: Nichts unterschreiben. Immer vorher beim Betriebsrat oder der IG Metall über die sozialrechtlichen Folgen informieren.

Ein Aufhebungsvertrag ist ein Vertrag zwischen Arbeitgeber und Beschäftigtem. Beide legen darin fest, wann das Arbeitsverhältnis endet. Oft werden im Aufhebungsvertrag Vereinbarungen getroffen, beispielsweise über eine Abfindung, die Beurteilung im Zeugnis oder aber auch über offene Urlaubsansprüche.

Vom Aufhebungs- ist der Abwicklungsvertrag zu unterscheiden. Der regelt ebenfalls die Rechte und Pflichten beider Seiten, wenn das Arbeitsverhältnis endet. Aber im Unterschied zum Aufhebungsvertrag wird das Arbeitsverhältnis jedoch nicht durch den Abwicklungsvertrag, sondern durch eine zuvor ausgesprochene Kündigung beendet, die gerichtlich nicht überprüft werden soll.



Nichts unterschreiben. Egal ob Aufhebungs- oder Abwicklungsvertrag: Wer mit dem Chef verhandelt, sollte unbedingt seinen Betriebsrat ins Boot holen. Er kennt die rechtlichen Grundlagen und vor allem die sozialrechtlichen Konsequenzen.

Zwar hat das Bundessozialgericht Beschäftigten, die einen Aufhebungsvertrag mit Abfindung geschlossen haben, gegenüber den Arbeitsagenturen den Rücken gestärkt. Aber ein Aufhebungsvertrag hat zahlreiche, komplizierte sozialrechtliche Folgen wie zum Beispiel das Ruhen des Arbeitslosengeldanspruchs. Betriebsrat, IG Metall und DGB-Rechtsschutz sind kompetente Partner, die wichtige Fragen und Folgen klären, bevor es zu spät ist. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Infos rund um den Arbeitsvertrag gibt's für Mitglieder zum Bestellen oder als PDF unter:

▶ igmetall.de/arbeitsvertrag

⊕ TIPP

Betrieb ohne Betriebsrat?

Droht Dein Chef mit Kündigung oder Aufhebungsvertrag? Melde Dich bei Deiner IG Metall vor Ort:

▶ igmetall.de/vor-ort

Gegen grassierende Jugendarbeitslosigkeit

BLICK AUF DIE WELT

Die IG Metall fordert ein Sofortprogramm für arbeitslose junge Menschen in Europa.

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird zum Belastungstest für Europa. 5,7 Millionen Menschen unter 25 Jahre sind arbeitslos. Tendenz weiter steigend. »Europas Jugend braucht Ausbildung und Arbeit«, erklärte der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber auf der 14. Internationalen Konferenz der Ot-

to Brenner Stiftung in Leipzig. Die IG Metall fordert deshalb ein Sofortprogramm, das jungen Menschen die Aus- oder Weiterbildung innerhalb von vier Monaten nach dem Schulabschluss garantiert. In Österreich wird diese Garantie mit den Gewerkschaften erfolgreich praktiziert.

▶ otto-brenner-stiftung.de

KURZ & BÜNDIG

Teilzeit in der Elternzeit

Arbeitnehmer dürfen während der Elternzeit Teilzeit arbeiten. Einer Verringerung der Arbeitszeit darf der Chef auch dann nicht widersprechen, wenn Beschäftigte sie zum zweiten Mal beantragen. Das entschied das Bundesarbeitsgericht in einem Fall, in dem über die Fortsetzung der Teilzeit im dritten Jahr der Elternzeit gestritten wurde (9 AZR 461/11).

Otto Brenner Preis

Unter dem Motto »Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten« vergibt die Otto Brenner Stiftung (OBS) sechs Preise und drei Recherche-Stipendien für junge Talente. Ziel des Wettbewerbs ist es, gesellschaftlich relevante Themen ins Blickfeld zu rücken. Bis zum 31. Juli kann man sich bewerben. Das Preisgeld beträgt insgesamt 47 000 Euro.

▶ otto-brenner-preis.de

Druck machen

Beschäftigte der Werftenbranche demonstrierten in Kiel anlässlich der 8. Maritimen Konferenz für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Standorten. Die Lage im Schiffbau spitzt sich angesichts von Kurzarbeit und Insolvenzen dramatisch zu. Gefordert werden Innovationsprojekte.

▶ igmetall.de/

Krise-im-Schiffbau



Zum Konferenzzauftakt machten 800 Metaller Klarschiff.

Foto: Gisela Griese

Jetzt auf



die Pauke hauen



Foto: Frank Rumpenhorst

Zwei Monate gar nichts, danach elf Monate 2,3 Prozent mehr Geld: Das erste Angebot der Metallarbeitgeber war für die Beschäftigten enttäuschend auf ganzer Linie. Damit haben die Arbeitgeber wieder einmal gezeigt, dass es in Tarifrunden ohne harte Auseinandersetzungen nicht geht. Ab Montag stehen die Zeichen auf Warnstreiks. Jede und jeder kann und sollte in den nächsten Wochen mitmachen.

Von Sylvia Koppelberg

Viel Zeit brauchten die Metallarbeitgeber am 19. April, in der zweiten Verhandlungsrunde, nicht, um ihr Angebot in München und Ludwigsburg vorzutragen: zwei »Nullmonate«, also zwei Monate kein höheres Entgelt, danach 2,3 Prozent mehr Geld. Das war es.

Bis zum Redaktionsschluss der **metallzeitung** machten die Arbeitgeber kein verbessertes Angebot. Was sie am 19. April boten, ist für die IG Metall völlig undiskutabel. Meilenweit entfernt von den 5,5 Prozent, die sie fordert. Die zwei Nullmonate eingerechnet, würden von den 2,3 Prozent – bei den von den Arbeitgebern vorgeschlagenen 13 Monaten Laufzeit – nur 1,9 Prozent übrigbleiben. Das würde gerade mal die Inflationsrate ausgleichen, die Beschäftigten aber nicht an der Wohlstandsentwicklung beteiligen. Während die Metallbetriebe in der laufenden Bilanzperiode eine Bruttorendite von über 50 Milliarden Euro ausweisen, würden die Löhne nicht steigen.

Keine Impulse. »Verantwortungsvolle Tarifpolitik sieht anders aus«, sagt Jörg Hofmann, der IG Metall-Bezirksleiter und Verhandlungsführer in Baden-Württemberg. Sie beteilige die Beschäftigten fair am wirtschaftlichen Erfolg. »Statt Impulse für mehr Nachfrage zu setzen, gefährdet dieses Angebot Arbeitsplätze und Investitionen.«

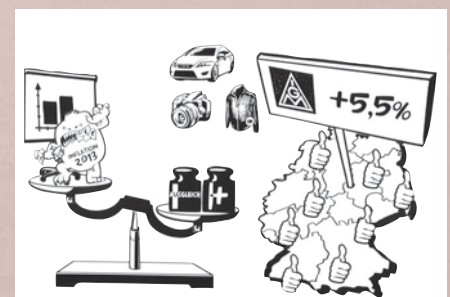
Immerhin: Bei zwei Themen sehen Jürgen Wechsler, IG Metall-Bezirksleiter und Verhandlungsführer in Bayern, und Jörg Hofmann bei den Tarifpartnern Vernunft eingekehrt: Anders als vorher angedroht, forderten die Arbeitgeber keine lange Laufzeit und keine Klauseln, die ermöglichen, in Betrieben vom künftigen Tarifabschluss abzuweichen. »Damit sind diese Themen für uns

für die Tarifrunde 2013 abgehakt«, sagt Wechsler. Doch es bleiben die dürftigen 1,9 Prozent. »Damit provozieren die Arbeitgeber den Konflikt.«

Es muss niemand ein alter Tariffuchs sein, um zu wissen: Warnstreiks müssen sein. Sonst präsentieren die Arbeitgeber kein Angebot, über das sich für Metallerrinnen und Metaller zu diskutieren lohnt. Das gilt jetzt auch in dieser Tarifrunde wieder. Am 30. April endet die Friedenspflicht. Der 1. Mai, der Tag der Arbeit, läutet Warnstreiks in Betrieben im ganzen Land ein.

Schon Anfang April haben Metaller bei Nexans und Essex in Bramsche Plakate und Transparente gemalt. In die Warnstreikphase starten Beschäftigte der Spät- und Nachtschicht mit einer Mitternachtsaktion mit Fackeln oder Feuertonnen vor dem Werk. »Das hat schon Tradition«, sagt Marc Klement, Metaller bei Essex. »Und macht den Kollegen Spaß. So etwas schweißt zusammen.«

Die Belegschaft von ZF Auerbach in der Oberpfalz ist zum zweiten Mal bei Warnstreiks dabei. Das erste Mal fand



Zum Anschauen: Video zur Tarifforderung:
[youtube.com/igmetall](https://www.youtube.com/igmetall)

Mitmachen!

Simone Bauer »bombastisch«. Metaller waren in einem immer größer werdenden Zug von Abteilung zu Abteilung marschiert und dann raus zu einer Kundgebung.

Warnstreiks in Tarifrunden haben immer auch Volksfest-Charakter. Schlechte Laune und Langeweile stehen nicht auf dem Programm. Kreativität umso mehr. In der vergangenen Tarifrunde legten sich Jugendliche in Hängematten, andere erschienen als Hochzeitspaare, um die Arbeitgeber wegen ihrer Bedenken gegen die befristete Übernahme zu veräppeln. In Gelsenkirchen tischten Metaller eine mehrere Meter große »Pizza Precaria« mit magerem »Belag« auf. In Mainz verdeutlichte ein Feuerschlucker, dass das erste Angebot der Arbeitgeber »heiße Luft« war. In Kempten bliesen Alphornbläser den Arbeitgebern den Marsch.

Dieses Jahr kamen bei Aktionen während der Verhandlungen neben Gießkannen nebst ausgeleierten Gummibändern um Ostern Hasen und (faule) Eier in allen Größen und Farben zum Einsatz. Auch erste Früchte metallischer Dichtkunst waren zu lesen: »Der Osterhase hat's verstanden: Bei 5,5 Prozent wollen wir landen«. Damit es auch süß und schrill wird, verschickte die IG Metall schon vor einem Monat mehr als 150 000 Tafeln Schokolade mit dem Tariflogo »Plus für uns – Plus für alle« und fast 100 000 Musikinstrumente – so umschreiben Wörterbücher Trillerpfeifen.

Ob Pfeifkonzerte, Blasmusik oder Samba-Klänge, Fackelzüge, Hochzeitsprozessionen oder Motorradkorsos – gut ist alles, was öffentliche Aufmerksamkeit und Gehör findet. Und dadurch die Arbeitgeber unter Druck setzt.

Volle Kraft voraus. »Die Belegschaft weiß, dass die Zeit, in der sie im Warnstreik ist, nicht bezahlt wird. Aber darüber gibt es nie Diskussionen. Jeder sieht die Notwendigkeit ein«, sagt Wolfgang Zaubitzer von der Firma Hydrema in Weimar, der schon in fast jeder Tarifrunde bei Warnstreiks dabei war. »Je mehr wir jetzt volle Kraft vorausfahren, desto größer ist die Chance, dass wir nicht zum Äußersten gehen müssen«, betont Frank Sell, Betriebsrat bei Bosch in Stuttgart. Zum Äußersten heißt: zu Urabstimmung und Streik. Darauf sind die Beschäftigten nicht unbedingt scharf, aber wenn es sein muss, ziehen sie auch das durch.

»Jeder Einzelne hat Verantwortung«, findet Sell. »Wer über steigende Preise meckert,

Mitglieder werben

Gute Löhne und Gehälter fallen nicht vom Himmel. Sie werden von den Mitgliedern der IG Metall erkämpft. Gewerkschaften sind nur stark und durchsetzungsfähig und können nur viel erreichen, wenn sie in den Belegschaften viele Mitglieder haben. Einen Rechtsanspruch auf die höheren Entgelte nach einem Tarifabschluss haben auch nur die Gewerkschaftsmitglieder. Gute Gründe, Kollegen, die noch keine Mitglieder sind, zu überzeugen.

Sie haben die Wahl!

**+ PLUS FÜR UNS
PLUS FÜR ALLE**
Tarif 2013

Diskutieren, chatten

Über die Tarifrunde mitdiskutieren: in den Betrieben oder auf Facebook oder Twitter. Auf Facebook gibt es auch eine App mit dem Logo der Tarifrunde, die man zu seinem Profil stellen kann.

[facebook.com/igmetall](https://www.facebook.com/igmetall)

twitter.com/igmetall



Mitreden, abstimmen

Das war zuerst: In den Betrieben diskutierten die Mitglieder, wieviel mehr Geld die IG Metall in der Tarifrunde fordern soll. Danach beschlossen ihre Vertreter in den Tarifkommissionen die Forderung. Gibt es diesen Monat keine Einigung, stimmen die Mitglieder um Pfingsten über einen unbefristeten Streik ab.



Mitmachen, protestieren

Wenn die Arbeitgeber ein schlechtes Angebot machen, haben die Beschäftigten das Recht, mit Warnstreiks dagegen zu protestieren. Alle Erfahrungen aus bisherigen Tarifbewegungen lehren, dass die Arbeitgeber diesen Druck auch brauchen, um ein akzeptables Angebot zu machen. Je mehr mitmachen, desto besser.

Alle Fotos: Michael Schinke



WIR 5 MEHR



Fordern

Metaller verteilen in der Tarifrunde »süße Argumente« für ihre Forderung nach mehr Lohn. Es müssen ja nicht Schokolade und Gummibärchen sein. Für was auch immer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Geld ausgeben: Als Lohn für ihre Arbeit wollen sie sich mehr leisten können und nicht mitansehen, dass steigende Preise, zum Beispiel für Benzin, immer größere Teile des Lohns »auffressen«.



FORDERN:

5%

GELD.

Mehr verdienen

Die Beschäftigten können selbstbewusst vertreten, dass sie mehr Geld verdient haben – als Anerkennung für ihre steigenden Leistungen. Im Übrigen gilt immer noch das Argument: Mehr Einkommen heißt mehr Kaufkraft, mehr Kaufkraft mehr Nachfrage und das ist gut für die Konjunktur, die einen Schub zurzeit gut gebrauchen kann.



muss in der Tariffbewegung auch selbst etwas tun.« Jede und jeder Beschäftigte kann mitmachen. Und jeder Metaller und jede Metallerin kann Kollegen, die noch nicht in der Gewerkschaft sind, ansprechen und versuchen, sie zu überzeugen, Mitglied zu werden.

»Je mehr Kolleginnen und Kollegen aktiv sind und je mehr von ihnen Mitglieder sind, desto durchsetzungsstärker sind wir und desto besser sind die Ergebnisse«, meint Ralf Bremer von Premium Aerotec in Nordenham. »Tariferfolge fallen nun mal nicht vom Himmel.« Bisher bieten die Arbeitgeber jedenfalls keinen Anlass dafür, sie für Götter oder Engel zu halten. Eher für Sparfüchse.

Frank Sell hat den Eindruck, »viele haben das Gefühl, es wird eine leichte Tarifrunde, weil es ja dieses Mal nur um Geld geht.« Aber da könnten sie sich täuschen. Bisher war noch keine Tariffbewegung ein Selbstläu-



Sehen und mehr wissen per Video:

igmetall.de/warum-warnstreiks

fer. Auch die aktuelle kann eine harte Runde werden. Nach dem Angebot der Arbeitgeber spricht nichts dafür, dass der Weg zum Tariffabschluss dieses Jahr ein Spaziergang wird. Die nächsten Wochen sind entscheidend. Die IG Metall peilt an, bis Pfingsten zu einem Ergebnis zu kommen.

2012 haben sich innerhalb von nur drei Wochen mehr als 830 000 Beschäftigte aus 3300 Betrieben an Warnstreiks beteiligt, so viele wie lange nicht. Und selten waren sie bisher bei Aktionen so kreativ. »Nur dadurch hat die IG Metall so viel erreicht«, sagt Stefan Schaumburg, Leiter des Bereichs Tariffpolitik beim IG Metall-Vorstand. In den nächsten Wochen werden die Metaller wieder zeigen, was in ihnen steckt. ■

Interesse an aktuellen Berichten, Videos, Fotos und einer App? Dann auf die Seite gehen:

metall-tarifrunde-2013.de



Online registrieren und kostenlos teilnehmen unter: igmetall.de/emo-hannover

Freier Eintritt für EMO Hannover

FREIKARTEN | IG Metall-Mitglieder erhalten für die EMO Hannover, die Weltleitmesse der Metallverarbeitung, kostenlose Eintrittskarten.

Die Weltleitmesse der Metallverarbeitung, die EMO Hannover, öffnet vom 16. bis 21. September wieder ihre Tore. Die IG Metall und der Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken lädt Mitglieder zu einem Besuch ein.

Die Karten kosten normalerweise 47 Euro. Für Mitglieder hat die IG Metall Freikarten organisiert. Ihr erhaltet sie über die Verwaltungsstelle. Es gibt keine gedruckten Tickets. Ihr müsst über eure Verwaltungsstellen einen Ticketcode bestellen.

Die Verwaltungsstelle stellt Euch einen Ticketcode zur Verfügung. Damit geht Ihr einfach ins Internet und nutzt mit igmetall.de/emo-hannover die Verlinkung zum Freischalten. Alternative: Ihr nutzt den Link unten rechts und landet sofort auf der EMO-Seite, lasst dort Euer Ticket freischalten und druckt es dann aus!

Was bietet die Messe? Das Motto der EMO in diesem Jahr: »Intelligence in Production«. Aussteller aus aller Welt zeigen Lösungen für eine international

ausgerichtete Industrie im 21. Jahrhundert.

Rund 2000 Firmen aus aller Welt bieten eine große Breite und Tiefe über alle Bereiche von der Werkzeugmaschine als Nukleus über Präzisionswerkzeuge bis hin zur Transportautomatisierung und Industrieelektronik. Außerdem wird in Hannover das vollständige Spektrum der Fertigungstechnik präsentiert. ■

Die EMO Hannover im Internet:

- ▶ emo-hannover.de
Hier findet Ihr eure zuständige IG Metall vor Ort:
- ▶ igmetall.de/vor-ort

Ticketcode bei der Verwaltungsstelle anfordern und hier freischalten :

▶ emo-hannover.de/?open=registerTicket&code=znu5u

Oder per Smartphone mit diesem QR-Code:



Zerschlagen

VOR 80 JAHREN: ÜBERFALL AUF DIE GEWERKSCHAFTSHÄUSER

Am 1. Mai 1933 mussten die Gewerkschafter noch mitmarschieren, bei Hitlers »Tag der nationalen Arbeit«. Am 2. Mai kommt dann das Ende der Gewerkschaften. Die Nazis stürmen die Gewerkschaftshäuser. Sie prügeln, plündern und morden.

»Die Nazis kamen in mehreren Bussen, mit Massen von SA-Burschen aus der ganzen Umgebung. Sie traten die Türen des Gewerkschaftshauses ein und schlugen die Kollegen auf die Straße heraus«, erinnert sich der heute 106 Jahre alte Gewerkschafter Hans Schwert (Foto rechts oben). Er hat die Erstürmung des Gewerkschaftshauses in Frankfurt am Main am 2. Mai 1933 von außen beobachtet. »Vielen Kollegen wurde erst an diesem Tag wirklich klar, was in Deutschland läuft. Bis dahin dachten viele noch, der Nazispuk sei bald wieder vorbei, wenn wir Ruhe bewahren.«

Ein fataler Irrtum. So wie in Frankfurt stürmten die Nazis überall in Deutschland die Gewerkschaftshäuser – am 2. Mai, Punkt 10 Uhr morgens. Die Gewerkschaften waren aus Hitlers Sicht die gefährlichsten Gegner, die der Errichtung der totalen faschistischen Diktatur im Weg standen. Auch wenn sie am Tag zuvor beim zum »Tag der nationalen Arbeit« pervertierten 1. Mai noch mitmarschiert waren: Die Nazis hatten ihr Ende längst durchgeplant.

Hunderttausende Gewerkschafter wurden am 2. Mai und in den Wochen danach verschleppt und eingesperrt. Viele verschwanden bis zum Ende der Nazidiktatur hinter Gittern und Zäunen. Auch Hans Schwert saß fast die kompletten zwölf Jahre in verschiedenen Gefängnissen und Lagern. Er kam 1945 lebend heraus. Doch Zehntausende andere Gewerkschafter wurden von den Nazis ermordet. Einige bereits 1933, andere später in den Konzentrationslagern.

Mit dem Ende der Gewerkschaften war in den Betrieben mit Demokratie und Mitbestimmung ab sofort Schluss. Auch hier herrschte nun das totale Führerprinzip. Der Chef befahl, die Beschäftigten hatten zu folgen.

Die Nazis verlebten sich den kompletten Besitz der Gewerkschaften ein. Mit den geraubten Mitgliedsgeldern bauten sie unter anderem 1937 das Volkswagenwerk in Wolfsburg.

Aus der Geschichte lernen. 80 Jahre ist der Überfall auf die Gewerkschaftshäuser nun her. Und



Gefangene in einem Keller der Nazi-Sturmabteilungen (SA), Frühjahr 1933

Foto: Bundesarchiv/102-0292A/Georg Pahl

am 2. Mai 1933

überall erinnern die Gewerkschaften an diesen Tag in Veranstaltungen und Ausstellungen.

Und überall sind auch junge Aktive der IG Metall dabei. Der Jugendausschuss des IG Metall-Berlin-Brandenburg-Sachsen hat sogar ein eigenes Projekt auf die Beine gestellt. Dazu drehten die Jugendlichen Filme im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen. In den Filmen gehen sie dem Schicksal der vielen Metallgewerkschafter nach, die hier inhaftiert waren und starben.

»Was am 2. Mai 1933 und danach passiert ist, kommt in der Schule nicht vor. Wir wollen den heutigen Jugendlichen zeigen, dass Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte nicht immer selbstverständlich waren. Und dass sich dafür einzusetzen damals Gefängnis, Folter und Tod bedeuteten«, erklärt Richard Nickel, 23, Jugendvertreter beim Autozulieferer Steffen Söhner in der Sächsischen Schweiz. Dort erlebt er fast täglich Neonazis vor seiner Haustür und ist deshalb auch im Bündnis »Dresden nazifrei« aktiv. »Durch unsere Geschichte sind wir in der Pflicht, Bewusstsein zu schaffen. Der Faschismus darf nicht kleingeredet werden, denn er ist gefährlich für uns alle, damals wie heute. Deshalb

lautet die Botschaft unserer Filme auch: Widerstand leisten – zu jeder Zeit und überall.«

Widerstand zu jeder Zeit. Denn das hat Richard und die anderen jungen Aktiven besonders beeindruckt: Trotz allem haben damals Gewerkschafter gemeinsam mit Sozialdemokraten und Kommunisten weiter Widerstand geleistet. Überall agierten kleine Gruppen im Untergrund. Sie trafen sich heimlich, verbreiteten Schriften und halfen Verfolgten.

Und der Widerstand ging auch hinter Gittern weiter. Weltberühmt ist die Gruppe im Konzentrationslager Buchenwald. Der spätere IG Metall-Bezirksleiter Willi Bleicher versteckte dort über



Foto: Stefanie Kössling

Hans Schwert, 106, wurde am 2. Mai 1933 Augenzeuge des Überfalls der Nazis auf das Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main.

Monate den dreijährigen jüdischen Jungen Stefan Jerzy Zweig und rettete ihn dadurch vor dem Tod in der Gaskammer. Kurz vor dem Kriegsende 1945 verhinderten die politischen Häftlinge durch eine Revolte die Ermordung von fast 1000 jüdischen Kindern.

Auch der Baugewerkschafter Hans Schwert leistete in der Haft weiter Widerstand. Und obwohl

ihn die Nazis fast totschiessen wollten, weigerte er sich auszupacken und seine Kollegen zu verraten. Was er jungen Leuten heute mitgeben will? »Du musst mit ganzer Überzeugung für eine Sache eintreten«, macht Schwert klar. »Anders hätte ich das damals niemals durchstehen können.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Hintergründe zur Zerschlagung der Gewerkschaften 1933:

▶ [igmetall.de/aktiv-gegen-rechts](https://www.igmetall.de/aktiv-gegen-rechts)

Die Filme der IG Metall Jugend Berlin-Brandenburg-Sachsen sind ab 2. Mai auf Facebook:

▶ [facebook.com/IgMetallJugendBerlinBrandenburgSachsen](https://www.facebook.com/IgMetallJugendBerlinBrandenburgSachsen)

Der DGB hat eine Seite mit zahlreichen Bildern und Hintergründen zum 2. Mai 1933 und Gewerkschaftern im Widerstand mit Fokus Berlin online gestellt:

▶ [zerschlagung-gewerkschaften1933.de](https://www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de)

Veranstaltungen und Projekte bei Euch in der Nähe findet Ihr bei Eurer IG Metall vor Ort:

▶ [igmetall.de/vor-Ort](https://www.igmetall.de/vor-Ort)

Foto: AdSD/ Friedrich-Ebert-Stiftung

Ab dem 2. Mai 1933 wehte das Hakenkreuz über den Gewerkschaftshäusern (hier in Osnabrück).



Die »NSU« sind wir – nicht die Nazikiller

WAS MICH BESCHÄFTIGT

Karl-Heinz Weiland kämpft für den guten Namen seiner Fabrik NSU (heute Audi) und seiner Stadt Neckarsulm, den drei Nazikiller missbraucht haben.

Du kämpfst dagegen, dass das Jenaer Nazikillertrio »NSU« genannt wird. Warum?

Karl-Heinz Weiland: »NSU« ist das Kürzel meiner Stadt Neckarsulm und der Name der Fabrik, in der ich gearbeitet habe [heute Audi, die Red.]. Ich bin im NSU-Fanclub aktiv und habe mehrere alte NSU-Motorräder. »NSU« steht für 123 Jahre Industrietradition in unserer Region. Wir waren mal die größte Motorradfabrik der Welt. Das geht doch nicht, dass sich drei Neonazis in einem Keller diesen Namen einfach verleihen – und die Medien das dann auch noch völlig unkritisch übernehmen. Für mich ist das eine Verherrlichung dieser Naziverbrecher.

Gibt es denn nicht größere Probleme als einen alten Namen?

Weiland: Für uns hier in der Region ist das schrecklich. »NSU« steht für unsere Stadt. Wir haben den Sportverein NSU, das NSU-Museum – und gerade ältere

Kollegen sagen immer noch »NSU« statt »Audi«. Auch unsere vielen türkischen Kollegen, die seit Jahrzehnten jeden Tag durch die NSU-Straße zur Fabrik kommen. Das ist doch makaber.

Was sagen die türkischen Kollegen zu Deinem Engagement?

Weiland: Meine früheren türkischen Kollegen umarmen mich, wenn wir uns in der Stadt treffen. Weil sie sich daran erinnern, dass ich nie etwas Besseres als sie sein wollte. Und sie bestärken mich. Ebenso wie NSU-Fans aus der ganzen Welt. Doch es gibt auch Anfeindungen von Leuten, die uns für Nazis halten. Schrecklich.

Wäre es dann nicht besser, Ihr gebt den Namen NSU auf?

Weiland: Ich habe die Angehörigen der türkischen Opfer bei Bundespräsident Gauck im Fernsehen gesehen. Wie der eine Vater geweint hat. Das hat mir so leidgetan. Ich habe selbst als Kind meinen Vater im Krieg verloren, wegen der alten Nazis. Ich weiß, was das heißt: Nazis. Verbrecher, die nun Jagd auf türkische Mitmenschen machen, die bei uns jahrelang die härteste Arbeit geleistet haben. Zudem wurde die Polizistin Kiesewetter hier in der Nähe von der Nazibande ermordet. Wir dürfen den Nazis nicht einfach das Feld überlassen. Und auch nicht unseren Namen NSU. Ich habe darüber schon mit vielen Medienleuten und Politikern gesprochen. Und ich mache weiter Druck. ■

Dirk.Erb@igmetall.de



Karl-Heinz Weiland, 76, auf einem seiner NSU-Motorräder

Foto: privat



Illustration: Gerald Moll

Raus aus dem Alltag

GUTER RAT

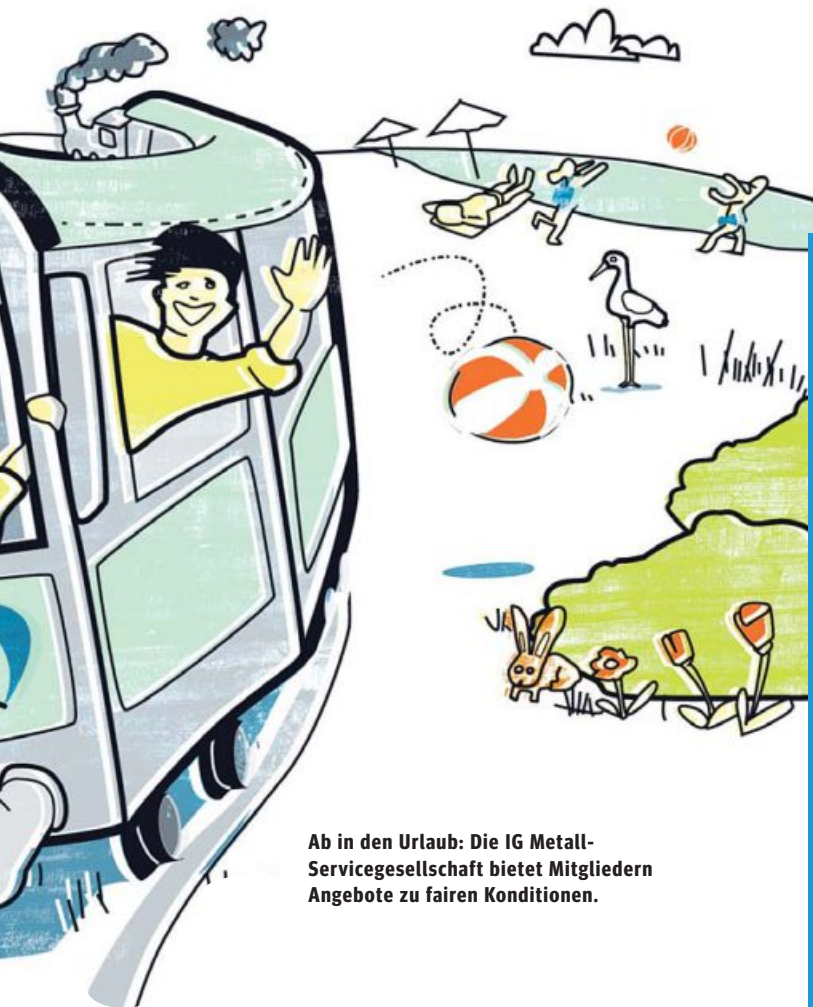
Ob Strand, Badesee, Städtetrip oder Wandern in den Bergen – wer jetzt seinen Urlaub plant, profitiert von den Angeboten der IG Metall-Servicegesellschaft.

Es hat sich rumgesprochen: Mitglieder der IG Metall erhalten über die IG Metall-Servicegesellschaft ein breites Angebot von Produkten und Dienstleistungen rund um das Privat- und Arbeitsleben. So bietet die Servicegesellschaft in Kooperation mit Partnern wie DGB-Reisen oder dem Gemeinnützigen Erholungswerk (GEW) zahlreiche Ferien- und Urlaubsangebote zu besonderen Konditionen. Die Angebote der Servicegesellschaft können nur Mitglieder der IG Metall nutzen.

Preiswerter und fairer Urlaub.

Das GEW ist ein gewerkschaftlicher Urlaubsanbieter, deren alleiniger Träger die IG Bauen-Agrar-Umwelt ist. Das GEW hat es sich zur Aufgabe gemacht, insbesondere gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten und ihren Familien schönen, preiswerten, bezahlbaren Urlaub an attraktiven Orten im In- und ausland anzubieten.

Hotels, Wohnungen und Bungalows hat das GEW in Deutschland, Österreich und Frankreich im Angebot.



Ab in den Urlaub: Die IG Metall-Servicegesellschaft bietet Mitgliedern Angebote zu fairen Konditionen.

Das Feriencenter Wenningstedt auf der Nordseeinsel Sylt verfügt über 62 Ferienwohnungen mit Balkon, Terrasse oder französischem Balkon. Alle Wohnungen sind zur Selbstverpflegung eingerichtet. Die sportlichen Einrichtungen stehen allen Gästen zur Verfügung. In Trassenheide auf Usedom liegt das nagelneue Feriencenter Trassenmoor. In den acht Häusern gibt es 24 Wohnungen für zwei bis vier Personen. Wassersport und Natur können Reisewillige an der Müritz im Feriencenter Yachthafen Rechlin erleben. Allgäuer Bergluft genießen Urlauber im Feriencenter Maierhöfen. In der familienfreundlichen Ferienanlage gibt es 115 voll ausgestattete Bungalows für zwei bis sieben Personen sowie 22 komfortable Hotelzimmer mit Balkon oder Terrasse. Ein Erlebnisbad mit 25-Meter-Becken gehört ebenfalls zur Anlage.

Das GEW feiert in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen und bietet zahlreiche preiswerte Jubiläumsangebote an. Von Reisen zum Schnäppchenpreis profitieren auch kurz entschlossene Bucher.

Die Ferien mit dem GEW. Preisgünstige und gut gemachte Reisen für Gewerkschaftsmitglieder bietet DGB-Reisen.

DGB-Reisen steht für »Die Gute Begleitung auf Reisen«. Das Programm mit Urlaubszielen in Deutschland und Europa, weltweiten Rundreisen sowie Kreuzfahrten wird ständig ausgebaut. Vom kurzen Städtetrip über einen Wellnessurlaub bis zu Rundreisen mit deutschsprachiger Reiseleitung: Der gewerkschaftsnahe Veranstalter bietet Ferien für Jung und Alt.

Aktuell im Angebot: motorradfreundliche Hotels im Chiemgau, Thüringer Wald und am italienischen Gardasee.

Urlaub ohne Einzelzimmerzuschlag kann im Hotel Tannenhof im Schwarzwald, im Seehotel Großherzog in Boltenhagen und im Kaiserhof Victoria in Bad Kissingen gemacht werden.

Ebenso im Programm: Rundreisen an der Ostküste Amerikas. Und auch Themen-, Städte- und Erlebnisreisen, Kur-, Wellness- und Sportreisen sowie Fluss- und Hochseekreuzfahrten. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

MACH MIT

metallzeitung verlost Reise nach Berlin

■ metallzeitung verlost eine Reise für zwei Personen in das GEW-Hotel »Schildhorn« in Berlin-Grünwald. Der Gutschein beinhaltet zwei Übernachtungen inklusive Halbpension sowie Tickets für den öffentlichen Nahverkehr.

■ Die Preisfrage: Welche Gewerkschaft ist der Ferienanbieter des Erholungswerks?

■ Die richtige Antwort bis zum 15. Mai mit dem Betreff »Servicegesellschaft« per Post senden an: Redaktion metallzeitung, 60519 Frankfurt am Main. Oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

Jetzt im Mitgliederbereich im Internet registrieren

Über die Internetseite der IG Metall-Servicegesellschaft erfahren IG Metall-Mitglieder Details über die Reiseangebote vom GEW und DGB-Reisen. Aber: Vorteilspreise kann nur einsehen, wer sich zuvor im Mitgliederbereich registriert.

► igmservice.de/reisen

Kataloge anfordern und im Angebot stöbern

Wer lieber im Katalog der Veranstalter blättern will: Prospekte erhalten Interessierte über die Servicegesellschaft. Auskünfte gibt es per Post oder E-Mail. Schreibt an: Servicegesellschaft der IG Metall, Baseler Platz 2, 60329 Frankfurt am Main
► info@igmservice.de

KURZ & BÜNDIG

Nachhaltigste Marke

Ökostrom und klimaneutrales Erdgas zu fairen Konditionen erhalten Mitglieder über die IG Metall-Servicegesellschaft und den Kooperationspartner Entega. Der Anbieter wurde kürzlich als einziges Energieunternehmen von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis unter die Top 3 in der Kategorie »Deutschlands nachhaltigste Marken« gewählt. Energieangebote finden Mitglieder unter:

► entega.de/igmservice



Foto: Arco Images / pa

Die Reha-Servicebüros helfen und beraten bei der Antragstellung.

Fragen zur Reha

Bei Fragen zur Rehabilitation geben Mitarbeiter der bundesweit über 400 Reha-Servicestellen Auskunft. Diese klären den individuellen Hilfebedarf und beraten Betroffene etwa bei der Antragstellung. Alle Servicestellen finden sich über ein Onlineverzeichnis unter:

► reha-servicestellen.de

Bescheid wissen

Der Bescheid über Arbeitslosengeld II ist keine leichte Lektüre. Im Internet gibt es jetzt Musterdokumente, die Fachbegriffe erklären und zeigen, wie sich Beträge zusammensetzen und inwieweit Einnahmen abgezogen wurden.

► arbeitsagentur.de

- Bürgerinnen & Bürger
- Arbeitslosigkeit
- Grundsicherung
- Der Bescheid

Die Karrierewege für Tischlerinnen und Tischler

Universitätsstudiengänge, zum Beispiel:

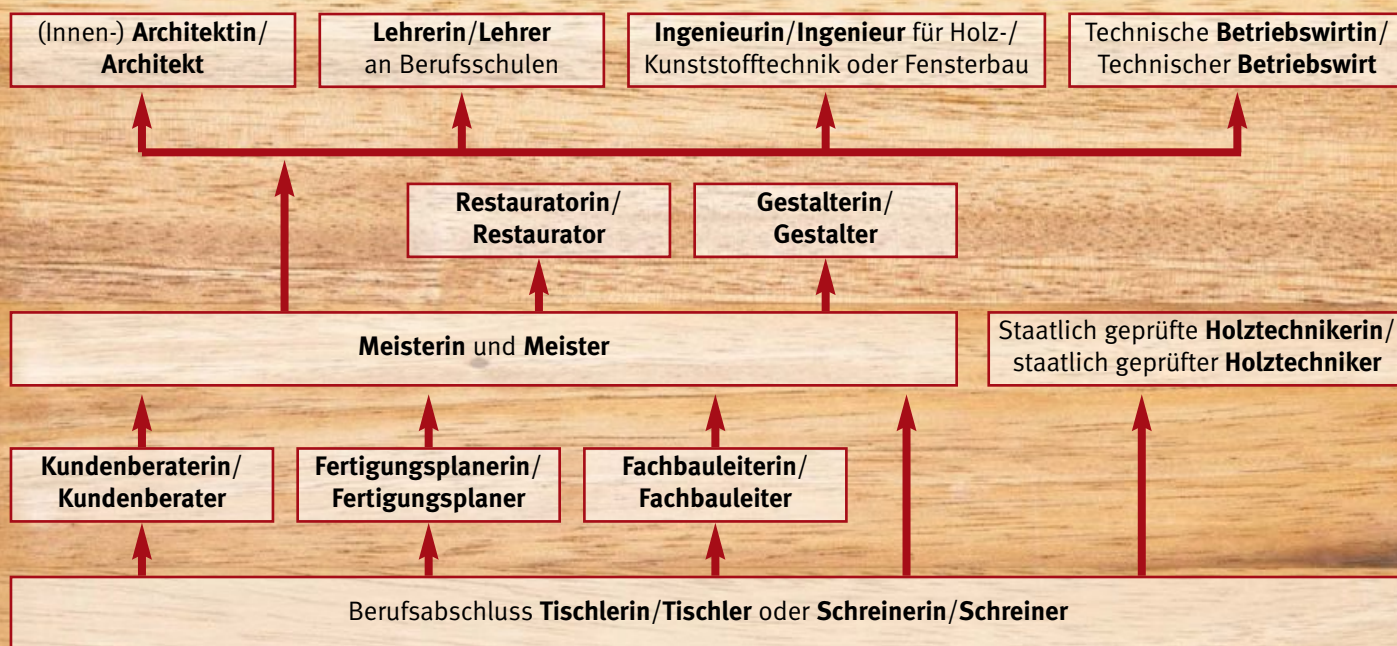


Schaubild: Thomas Pötschick, Foto: Harald Biebel / pantnetmedia.net

Mit Holz lässt sich viel machen

BERUF UND KARRIERE

In manchen Gegenden heißt er »Schreiner«, aber der offizielle Name ist »Tischler«. Wer diesen Beruf lernt, ist nicht »auf dem Holzweg«. Denn in und außerhalb der über 41 000 Tischlerwerkstätten gibt es für fertige Gesellen und Meister eine ganze Reihe von Berufsperspektiven.

Rund 17 300 junge Männer lassen sich zurzeit als Tischler ausbilden, etwa 1700 Frauen als Tischlerin. Die Ausbildung dauert drei Jahre. Auf der Liste der 20 beliebtesten Berufe im gesamten Handwerk liegt Tischler auf dem achten Platz.

Tischler haben breit gefächerte Qualifikationen. Sie gestalten, zeichnen, konstruieren und stellen viele verschiedene Produkte her. Nicht nur Möbel. Sie richten Läden ein, bauen Messestände, fertigen Fenster, Türen, Treppen, Wand- und Deckenverkleidungen, Wintergärten, Spiel- und Sportgeräte. Sie be- und verarbeiten Holz und Holzwerkstoffe, verarbeiten Furniere, Kunststoffe, Metalle, Glas

und diverse Hilfsstoffe. Sie behandeln und veredeln Oberflächen, bedienen und warten Maschinen sowie pneumatische, hydraulische und elektronische Geräte.

Die Mehrheit der Azubis hat einen Hauptschul- oder Realschulabschluss. Wichtig sind gute Noten in Mathematik und Deutsch, räumliches Vorstellungsvermögen, Kompetenz im Umgang mit Kunden und Selbstständigkeit.

Lust der Wahl. Gesellen, die sich spezialisieren wollen, haben drei Fortbildungen zur Wahl: Kundenberater, Fertigungsplaner oder Fachbauleiter im Tischlerhandwerk.

Wer selber ausbilden oder sich selbstständig machen möchte, muss die Meisterprüfung ablegen. Die Lehrgänge dafür bieten viele Meisterschulen in Vollzeit oder berufsbegleitend und zu unterschiedlichen Kosten an. Man sollte sich vorher gründlich über die Angebote informieren. Das »Meister-Bafög« bietet die Möglichkeit, staatliche Zuschüsse zu erhalten.

Meister können an Universitäten studieren, ohne Abitur. Zum Beispiel Architektur oder Ingenieurstudiengänge. Die Zulassungsregelungen sind in den Bundesländern unterschiedlich. Sie können sich auch zum technischen Betriebswirt oder Restaurator fort-

bilden. Auch außerhalb des Handwerks gibt es Perspektiven, etwa als staatlich geprüfter Holztechniker.

Geld. Nachdem das Tischlerhandwerk viele Jahre Tarifverträge mit den sogenannten Christlichen Gewerkschaften abgeschlossen hatte, ist es 2012 wieder gelungen, wieder IG Metall-Tarifverträge abzuschließen. Nach IG Metall-Tarif liegt die Ausbildungsvergütung bei etwa 490 Euro im ersten Jahr, 600 im zweiten und 680 Euro im dritten.

Ausgelernte Tischler steigen mit etwa 2000 Euro brutto ein, steigern sich auf etwa 2400 Euro und erreichen, je nach Weiterbildung, bis zu 3600 Euro bei einer 38,5-Stunden-Woche. Hinzu kommen Sonderzahlungen und Zuschläge oder Prämien, je nach Betrieb. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Weitere Informationen und eine Broschüre zur Meisterprüfung:

▶ wap.igmetall.de

Ansprechpartnerin IG Metall:

▶ Barbara.Galla@igmetall.de

Infos über das Meister-Bafög:

▶ meister-bafog.info

Informationen rund um den Beruf bietet die Holzmesse Ligna vom 6. bis 10. Mai in Hannover:

▶ ligna.de

Bezahlte Lernzeit

BESSER MIT BILDUNG

Englischkenntnisse? Gehörten aufgefrischt. Ein gründlicher Computerkurs? Wäre gut. Also nach der Arbeit noch büffeln? Muss nicht sein. Besser Bildungsurlaub beantragen.

Nach einem anstrengenden Arbeitstag abends noch in einen Seminarraum hetzen, dort pauken und büffeln, sich fort- und weiterbilden, halb aus Lust, halb aus Angst, den Anschluss zu verpassen? Muss das wirklich sein? Weiterbildung, keine Frage, ist wichtig. Bloß: Neues lernen, das muss nicht gehetzt neben der Arbeit geschehen. Das darf ruhig auch ein bisschen Spaß machen. Bildungsurlaub macht Spaß.

Viele Angebote. Das Schöne: Bildungsurlaub beantragen ist nicht schwer. Das weniger Schöne: Zu wenige Arbeitnehmer wissen das. Dabei gibt es seit 1976 den bezahlten Sonderurlaub fürs Lernen. Lediglich in Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen und Sachsen existieren keine entsprechenden Gesetze.

Italienisch auffrischen in der Toskana, Paragliding im Allgäu, ein Kurs zur Stressbewältigung auf Sylt: Es gibt so gut wie nichts, was nicht angeboten wird. Und es gibt so gut wie nichts, was ein Arbeitnehmer nicht auswählen darf – denn: Der Bildungsurlaub kann mit dem Job in Verbindung

stehen. Er muss es aber nicht. Politische und kulturelle Weiterbildungen sind ebenso möglich.

Wer wann wie lange für welche Veranstaltungen Bildungsurlaub nehmen kann, das alles steht detailliert in den Bildungsurlaubsgesetzen der Länder. Fast überall dürfen Arbeitnehmer fünf Arbeitstage pro Jahr freinehmen, immer wird während

des Bildungsurlaubs das Gehalt weiter bezahlt. Die Kosten für das Seminar allerdings sind aus eigener Tasche zu stemmen. Dazu sollte der Bildungsurlaub zeitig beantragt werden, spätestens aber sechs Wochen im Voraus. ■

Jan.Chaberny@igmetall.de

Mehr zum Bildungsurlaub:

▶ igmetall.de/bildungsurlaub



Fotos: Annette Hornischer

Mit einem 450-Euro-Job droht BAföG-Kürzung

Geringfügig beschäftigte Studenten können seit Januar statt 400 jetzt 450 Euro im Monat verdienen, ohne Steuern sowie Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung zahlen zu müssen. Neu ist, dass ein Student, der nach dem 1. Januar 2013 einen Minijob ausübt, jetzt Beiträge in die gesetzliche Rentenversiche-

rung zahlen muss. Weil der Arbeitgeber pauschal bereits 15 Prozent des Beitrags von 18,9 Prozent übernimmt, zahlen Minijobber lediglich 3,9 Prozent und erwerben vollwertige Beitragszeiten. Das neue Recht gilt auch für Studis mit einem alten Minijob, und zwar dann, wenn der Chef das monatliche Entgelt auf 450 Euro erhöht.

Eine Befreiung hiervon ist auf Antrag möglich.

Aufpassen muss, wer eine Berufsausbildungsförderung nach dem BAföG erhält. Der Grund: Die Hinzuverdienstgrenze liegt weiterhin bei 400 Euro im Monat. Erhöht sich das monatliche Minijobentgelt dauerhaft auf 450 Euro, wird das BAföG gekürzt. ■

KURZ & BÜNDIG



Foto: Andres Rodriguez / panthermedia.net

Tolle Berufsausbildung gemacht? Weiterbilden mit Stipendium.

Geld für Weiterbildung

Die Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung vergibt Stipendien für beruflich qualifizierte bis 25 Jahre, die sich weiterbilden. Gefördert werden etwa Meister, Techniker und berufsbegleitend Studierende. Wer die Ausbildung mit der Note 1,9 oder besser abgeschlossen hat, kann sich bewerben. Geld gibt es bis zu drei Jahre lang, maximal 6000 Euro.

▶ sbb-stipendien.de

Chance für Ungelernte

Ungelernte zwischen 25 und 35 Jahren sollen die Chance auf eine Ausbildung bekommen: mit dem Programm »Ausbildung wird was – Spätstarter gesucht« der Arbeitsagenturen. Agentur und Jobcenter übernehmen unter anderem Kosten für Fahrten, Unterbringung, Kurse und Kinderbetreuung.

▶ arbeitsagentur.de/Erstausbildung-Arbeitnehmer

Fortbildung für Kaufleute

Weiterbildung lohnt sich – auch und gerade im Angestelltenbereich. Für ausgebildete Kaufleute gibt es eine Reihe von Fortbildungsberufen, die oft deutlich mehr Geld und Zufriedenheit bringen. Fragen dazu beantwortet das Falblatt »Aufstiegsfortbildung – wäre das nicht etwas für Sie?«.

▶ igmetall.de → Suche: Aufstiegsfortbildung

Arbeitgeber in der Tarifrunde

Wir brauchen
mehr Argumente!

Moment - ich
guck mal, was wir in
der Mottenkiste
haben.



WISSENSRÄTSEL

1 Wann stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser und zerschlugen die Gewerkschaften?

- Am 30. Januar 1933 **T**
- Am 2. Mai 1933 **N**
- Am 1. Juli 1934 **B**
- Am 28. Mai 1937 **G**



Foto: AdSD/ Friedrich-Ebert-Stiftung



Foto: AdSD/ Friedrich-Ebert-Stiftung

2 Ferdinand Lassalle war 1863 Mitbegründer und erster Präsident des ...

- Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins **E**
- Allgemeinen Deutschen Automobilclubs **U**
- Allgemeinen Vereins der Karnevalsfreunde **I**
- Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes **O**

3 Was machten die Nazis unter anderem mit dem von den Gewerkschaften geraubten Geld?

- Sie bauten damit die V2-Raketen **R**
- Sie bauten damit Autobahnen **H**
- Sie bauten damit das Volkswagenwerk **L**
- Sie forschten damit an der Atombombe **V**



Foto: Bildagentur-online/ pa



Foto: DGB

4 Seit wann feiern die Arbeiter in Deutschland und anderen Ländern den 1. Mai?

- 1848 **P**
- 1890 **K**
- 1933 **N**
- 1946 **E**

Lösungswort:

»Das blüht uns am Ersten Mai.«

1	2	3	4	E
---	---	---	---	----------

Bitte das Lösungswort bis zum 24. Mai unter Angabe von Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt am Main
Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de



Die Preise im Mai:

1. Preis: ein Sprachkurs »English live« mit Buch und Audio-CD von Pons
2. Preis: eine IG Metall-Kaffeetasse
3. Preis: eine Sicherheitsweste für Kfz-Fahrer